

Einen anderen

{ 改道 }

Weg gehen...

N°21 - 9.2012

GÄIDÃO

ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION



FDA - IFA

IN DIESER AUSGABE

Berichte, Eindrücke und Erklärungen vom Anarchistischen Welttreffen in der Schweiz ★ Griechenland nach der Wahl
Anarchistische Gruppe Köln ★ Die Graswurzelrevolution wird 40 ★ Anarchistische Anthropologie
Aufruf der streikenden Asylbewerber*innen ★ Solidarität mit den inhaftierten Genossen in Belarus ★ uvm.

Editorial

Hallo Menschen,
die letzten Tage und Wochen war von viel Arbeit geprägt. Aber jetzt haben wir es geschafft. Das anarchistische Welttreffen in St. Imier liegt hinter uns. Gleich vier Texte befassen sich mit diesem Thema. Zur 2. Libertären Medienmesse findet ihr keinen Text, da diese nach dem Redaktionsschluss stattfand, aber wir werden diese in der nächsten Ausgabe sicher umfassend würdigen!

Was uns sowohl in St. Imier als auch in Bochum positiv überrascht hat, ist die positive Resonanz auf das Projekt [改道] Gǎi Dào. Schon jetzt haben wir beinahe hundert Vorbestellungen für die Printausgabe des Magazins. Wenn es so weiter geht und wir dann noch ein paar Menschen finden, die verbindlich Aufgaben übernehmen (insbesondere für das Layout), werden wir sicher zum 1. Januar 2013 den Schritt wagen und in Druck gehen. Aber das ist, bei aller Vorbereitung darauf, noch immer Zukunftsmusik.

Ebenfalls überrascht waren wir über das mediale Interesse sowohl am Welttreffen der Anarchist*innen als auch an der 2. Libertären Medienmesse. Beide haben es bis weit in die Mainstreammedien hinein geschafft. Bemerkenswert auch so manche Stilblüte besonders des „linken“ Journalismus, aber dazu ggf. in der Oktoberausgabe mehr.

In dieser Nummer haben wir einen Aufruf von Asylbewerber*innen, den wir euch bitten mehr als einfach nur zur Kenntnis zu nehmen. Ebenso wie den Aufruf zur Solidarität mit den inhaftierten Anarchist*innen in Belarus.

Mit der anhaltenden Krise verschärft sich auch die Art und Weise wie Staat und Kapital gegen Arbeiter*innen und Bevölkerung vorgehen. Wir berichten in diesem Sinne von dem Mord an 44 Streikenden Minenarbeiter*innen in Südafrika. Aber auch die Wahl in Griechenland und WikiLeaks sind ein Thema.

Zu guter Letzt wollen wir an dieser Stelle noch auf die Selbstdarstellung der neuen „Anarchistischen Gruppe Köln“ (AGK) hinweisen. Wir freuen uns darüber, dass die AGK gerade überlegt, in das FdA einzutreten.

Aber jetzt Schluss mit dem Editorial und heiter weiter!

Eure Redaktion der [改道] Gǎi Dào

Herausgeber*innen:

[改道] Gǎi Dào-Redaktionskollektiv

Web: gaidao.blogspot.de

Redaktion: redaktion-gaidao@riseup.net

Abo: abo-gaidao@riseup.net

PGP-Schlüssel auf der Homepage

[改道] Gai Dào ist die monatliche Zeitschrift des Forums deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA), das in der Internationalen der anarchistischen Föderationen (IFA) organisiert ist.

Sie versteht sich trotzdem als autonomes Projekt, das auch Menschen, Gruppen und Strukturen offensteht, die kein Mitglied des FdA sind, sofern sie die Ideen des Anarchismus und die Prinzipien des FdA unterstützen, gerne auch solidarisch-kritisch.

Die [改道] Gai Dào bietet einen monatlichen Querschnitt von Theorie und Praxis der anarchistischen und ihr nahestehender Bewegungen auf lokaler und besonders auf internationaler Ebene.

Dabei versteht sich [改道] Gai Dào als explizit pluralistisches Medium, das Raum für verschiedene anarchistische Strömungen bietet, sowie darüber hinaus allen, die sich für eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse, hin zu einer befreiten Gesellschaft einsetzen.

Wir freuen uns immer über Artikel, Rezensionen, Gedichte, Aufrufe, Fotos, Zeichnungen, oder Terminzusendungen. Besonders freuen wir uns über Menschen, die dauerhaft an der Gaidao mitarbeiten wollen, sei es als regelmäßige*r Autor*in, Übersetzer*in oder im Layout.

Wir behalten uns natürlich vor, zugesandte Beiträge nicht zu veröffentlichen, die unseren Prinzipien im Besonderen und die des Anarchismus im Allgemeinen entgegenstehen oder diese unsolidarisch diffamieren.

[改道] Gai Dào

改道

04 *In eigener Sache*

Online war gestern - Gai Dào gibt's ab 2013 gedruckt

FdA/IFA

St. Imier - und nun?

Erster Versuch einer Auswertung des anarchistischen Welttreffens in der Schweiz

05 *Vorwort der Redaktion*

06 *„Frohen Mutes für die Zukunft“*

Bericht des FdA für den IFA-Kongress in St.Imier

10 *Für den Anarchismus*

Abschlussklärung des IFA-Kongresses in St. Imier

12 *Kraftvoller Schritt in die richtige Richtung*

Kommentar zu St.Imier

13 *In uns schlummern neue Ideen*

Gedanken zum anarchistischen Welttreffen in St. Imier

16 *„Gewalttätig und Störend“*

Englische Anarchist*innen nach Rückkehr aus St. Imier in Heathrow von Anti-Terror Einheit festgehalten

Weltweit

18 *Der Ausverkauf geht weiter*

Griechenland nach der Wahl

22 *Massaker in Südafrika*

44 streikende Minenarbeiter*innen durch Polizei getötet

23 *1° Feria De La Cultura Libertaria in Santiago de los Caballeros*



Hinweis zur Sprache:

Das in den Texten verwendete „*innen“ (Gender Gap) soll die Funktion haben, dass nicht nur weiblich oder männlich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.

Lokales

24 *Gründung der Anarchistischen Gruppe Köln*

Bewegung

25 *Die Graswurzelrevolution wird 40!*

Kultur & Alltag

26 *Anarchistische Anthropologie: Wer hat unsere Macht?*

Analyse & Diskussion

32 *WikiLeaks – der Staat verfolgt seine Idealist*innen*

Geschichte

36 *Internationale Arbeiter*innen Assoziation (IAA)*

Aufrufe

39 *Aufruf der streikenden Asylbewerber*innen in Deutschland*

41 *Aufruf zur Solidarität mit den inhaftierten Genossen in Belarus/ Weißrussland Rassismus tötet!*

Termine

42 *Termine*

43 *FdA hautnah*

Regelmäßige Termine der FdA-Gruppen

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender*in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender*in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. Verteiler*in bzw. Absender*in ist nicht identisch mit den Ersteller*innen.



In eigener Sache

Online war gestern - Gǎi Dào gibt's ab 2013 gedruckt



Zur Zeit ist die [改道] Gǎi Dào erstrangig ein Online-Projekt. Zwar stellen wir zu jeder neuen Ausgabe spezielle Versionen bereit, mit der jede*r sich unkompliziert die Zeitschrift ausdrucken kann, das reicht uns aber nicht.

Wir wollen ab Januar 2013 als reguläre Zeitschrift erscheinen, das bedeutet **gedruckt** und **bestellbar**. Kein unehrgeiziges Ziel, zugegeben, aber für alle Menschen hinter diesem Projekt war eine reine Online-Zeitschrift von Anfang an nur eine Zwischenlösung.

Gründe dafür gibt es viele, der Wichtigste sei dennoch erwähnt: Wir mögen einfach Zeitschriften. Aus Papier. Scheitern kann ein solches Projekt an vielerlei Gründen, wir wollen einem davon schon im Vorfeld ein wenig den Wind aus den Segeln nehmen: dem schnöden Geld.

Deshalb suchen wir bis zum 30. November Menschen, Gruppen oder Locations, die insgesamt 100 Vor-Abonnements der [改道] Gǎi Dào abschließen. Dadurch ha-

ben wir ein wenig Planungssicherheit und ihr verpasst garantiert nicht die „erste“ Ausgabe.

Falls ihr Interesse an einem Vor-Abonnement habt, erfahrt ihr alle Details unter:

abo-gaidao@riseup.net

Wir werden in der nächsten Ausgabe ausführliche Informationen, rund um das kommende Abo veröffentlichen.

Bis dahin sei auf die [改道] Gǎi Dào - Rubrik auf der rundum überarbeiteten Homepage des Forums deutschsprachiger Anarchist*innen verwiesen. Dort findet ihr nicht nur alle Ausgaben in den verschiedenen Versionen, sondern auch in Kürze detaillierte Informationen rund um das Druckprojekt.

Ihr findet uns unter:

fda-ifa.org/gaidao



*Bild: Ein überaus schönes Postkartenmotiv welches uns von Leser*innen zugesandt wurde. Ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle.*



St.Imier - und nun?

Erster Versuch einer Auswertung des anarchistischen Welttreffens in der Schweiz

Vorwort der Redaktion



Das anarchistische Welttreffen im schweizerischen St.Imier liegt nun einige Wochen hinter uns. Wieviele Menschen schlussendlich vor Ort waren, wird sich wohl nie definitiv sagen lassen. Aber wir denken das 2 - 3000, so der Tenor der bisherigen Berichterstattung, durchaus im realistischen Rahmen liegt. Hinter den Menschen die da waren liegen 6 Tage voller Höhen und Tiefen. Kritik und Lob, Enthusiasmus und Frustration, berührender Momente und totaler Resignation. All das und vieles mehr hatte das erste Welttreffen des Anarchismus seit vielen Jahren zu bieten. Ob und welche Konsequenzen das Treffen für „die“ anarchistische Bewegung(en) hat, bleibt abzuwarten und vor allem zu diskutieren.

Wir wollen einen ersten Versuch wagen, St. Imier Revue passieren zu lassen, die dort begonnenen Diskussionen weiter zu verfolgen und zu vertiefen und besonders die Frage zur Debatte stellen, welche Konsequenzen aus St.Imier gezogen werden können, ohne dass das anarchistische Welttreffen nach dessen Ende verpufft oder zur netten Anekdote am A-Stammtisch verschwimmt.

Dazu widmen wir die Erstausgabe unserer neuen „FdA-IFA“ Rubrik dem Treffen in der Schweiz. Denn während des Zeitraums fand unabhängig davon auch

der 9. Kongress der IFA statt, in dem auch wir als FdA organisiert sind. Deswegen wollen wir euch auch den Blick auf diesen Teil des Treffens nicht vorenthalten. Desweiteren findet ihr eine Erklärung der Anarchist Federation aus Großbritannien, zu den Übergriffen einer Anti-Terror Einheit auf zurückreisende Genoss*innen, sowie zwei erste Diskussionsbeiträge über Erfolg und Kritik von und an St.Imier. An dieser Stelle möchten wir herzlich alle Menschen, Gruppen und Strukturen, die vor Ort waren dazu auffordern, die Diskussionen, Analysen und Auswertungen - die es mit Sicherheit in Vielzahl gibt - in diesem (aber natürlich auch generell) Rahmen zur Debatte zu stellen. Denn wir denken die beste Auswertung eines Treffens dieser Art nutzt wenig, wenn sie den heimischen WG-Tisch oder den Gruppenzirkel nicht verlässt.

Ansonsten werdet ihr in dieser Rubrik zukünftig Neuigkeiten, Aufrufe und Diskussionsbeiträge des FdA und allen anderen, in der IFA organisierten Föderationen

finden. Natürlich wird es darüber hinaus weiterhin allgemeine internationale Beiträge geben und auch die Auswertung von St.Imier wird selbstredend solange fortgesetzt, wie es nötig ist.





„Frohen Mutes für die Zukunft“

FdA-Bericht für den IFA Kongress in St.Imier



Der folgende Bericht zur politisch-sozialen Situation in Deutschland sowie zur Entwicklung des Anarchismus hierzulande wurde vom FdA für den Kongress der Internationalen der Anarchistischen Föderationen (IFA) in St. Imier erarbeitet und dort vorgestellt.

Soziale und politische Entwicklung in Deutschland

Seit 2009 regiert eine konservativ-liberale Koalition in Deutschland. Diese ist als Regierung wenig erfolgreich: Ein Skandal folgt dem nächsten (der Verteidigungsminister musste wegen eines Plagiats zurücktreten, der Bundespräsident wegen Korruptionsverdacht) und seit ihrer Regierungsübernahme sind zahlreiche ihrer Gesetze vom Verfassungsgericht als verfassungswidrig deklariert und damit zurückgenommen worden (selbst das Bundestagswahlrecht ist verfassungswidrig – das Land hat zurzeit kein gültiges Wahlrecht). Kanzlerin Merkel bleibt dabei aber stets beliebt. Sie ist eine reine Machtpolitikerin, die sich stets nach dem richtet, was sie oben hält (zum Beispiel im Fall ihrer Kehrtwende beim Thema Atomkraft nach der Katastrophe in Fukushima).

Insgesamt haben die Vorgänge um die Regierung eine (sich bereits im letzten Jahrzehnt ausbreitende) große Politik(er*innen)verdrossenheit befördert. Die Mitgliedszahlen bei den großen Parteien gehen konstant zurück und der Altersdurchschnitt der Mitglieder steigt immer mehr. Die traditionellen Parteibindungen werden in den jüngeren Generationen nicht mehr fortgesetzt. Ein Beispiel dafür ist die bereits 2006 gegründete Piratenpartei, die 2011 urplötzlich große Erfolge feierte: Seit September 2011 zog sie bei allen Landtagswahlen ins Parlament ein, angefangen mit Berlin (8,9%) bis Nordrhein-Westfalen (7,8%). Einer Analyse von Mitgliedern mit „Political Compass“-Werten zufolge, ordnen sich die meisten Mitglieder als „links-liberal“ bis libertär ein. Anderen Studien zufolge sinkt (zumindest in Ostdeutschland, wohl aber auch darü-

ber hinaus) die Wahlbeteiligung vor allem in subalternen und proletarischen Schichten massiv, während sie in (klein-)bürgerlichen Kreisen nahezu gleichbleibend stabil bleibt.

Die beiden großen Parteien, die konservative CDU und die sozialdemokratische SPD, haben sich in den letzten Jahrzehnten immer mehr angenähert, die SPD orientierte sich immer mehr nach dem New-Labour-Modell von Tony Blair in GB und entfernte sich damit von der klassischen Wählerschichten der Sozialdemokratie, während sich die CDU „sozialdemokratisierte“. Die Unterschiede sind heute marginal und die Politik ist in fast allen Bereichen gleich, ganz unabhängig der konkreten Regierung.

Die größten sozialen Einschnitte brachte die unter einer rot/grünen Regierung unter Gerhard Schröder eingeführte Agenda 2010: eine Reform des deutschen Sozialsystems und Arbeitsmarktes, die von 2003 bis 2005 von der aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen gebildeten Bundesregierung weitgehend umgesetzt wurde. Als Grundlage der Reform diente der „Wirtschaftspolitische Forderungskatalog für die ersten hundert Tage der Regierung“ der Bertelsmann-Stiftung – seinerzeit u. a. im Wirtschaftsmagazin Capital publiziert –, dessen Inhalte zu weiten Teilen übernommen wurden.

Dazu gehörten hauptsächlich soziale Einschnitte und eine Flexibilisierung und Präkarisierung des Arbeitsmarktes: Lockerung des Kündigungsschutzes, Zwang für Arbeitslose zur Annahme angebotener Stellen, mehr Druck auf Empfänger*innen von Sozialleistungen, steigende Kosten für medizinische Leistungen. Die Reform wurde damals von allen Parteien getragen außer der „Linken“. Der ganze Prozess wurde stark diskursiv begleitet und kam eben von der vorgeblich „linken/linksliberalen“ Regierung, so dass sie nur zu ganz schwachen Protestregungen führte. Erwähnenswert ist allerdings die Kampagne „Agenturschluss“ und in diesem Jahr der M31, der für die BRD mit ca. 6.000 Teilnehmer*innen eine der größten explizit libertären Demonstrationen seit Jahrzehnten war.

Heute ist Deutschland sozial und wirtschaftlich weitgehend stabil. Große Proteste breiter Bevölkerungsschichten gibt/gab es eigentlich nur im Bereich der Atomkraft (insbesondere im Kontext der Castor-Transporte). Interessanterweise waren es wohl gerade die Maßnahmen um die Agenda 2010 sowie die Tatsache, dass Deutschland zu den Geberländern gehört, dass die Krise hierzulande bislang nur schwache Auswirkungen hatte und im Bewusstsein der Bevölkerung eher mit den Krediten an Länder wie Griechenland und Spanien sowie mit der Krise des Euro assoziiert wird. Insgesamt werden dabei sehr starke Ressentiments gegen die „Schuldnerländer“ bzw. deren Bevölkerung geschürt.

Der schleichende Delegitimierungsprozess der politischen Klasse und des als solches empfundenen Parteienklüngels geht einher mit einem Erstarren bürgerrechtlichen/zivilgesellschaftlichen Engagements, der seinen Ausdruck in lokale Kämpfe hat, die zum Teil auch nach außen strahlen, wie etwa im Fall des Konflikts um den Bau eines unterirdischen Bahnhofs in Stuttgart („Stuttgart21“). Es lässt sich ein stärkerer Wunsch nach lokaler Beteiligung ausmachen, der zum Teil wohl auch zum Erfolg der Piratenpartei beiträgt. Die Katastrophe in Fukushima und der Widerstand gegen Stuttgart21 führten auch dazu, dass im traditionell konservativen Bundesland Baden-Württemberg nun zum ersten Mal ein grüner Ministerpräsident regiert.

Das meiste Potential zu einer massenhaften Kritik an den herrschenden Zuständen hat zurzeit wohl die von breiteren Kreisen getragene Kritik an Mieterhöhungen in den Städten und dem Phänomen der Gentrifizierung. Insbesondere in Berlin kommt es derzeit zum einer stärkeren Mobilisierung in diesem Bereich.

Die gefährlichste Entwicklung für kritische Bewegungen kommt von dem Überwachungsdrang staatlicher Behörden. Da kommt es zum Einsatz des so genannten „Bundestrojaners“ oder eine Massenüberwachung von Mobiltelefonen in Dresden, beides im Nachhinein als illegal erklärt. Dennoch wird es gemacht. Die Behörden sind offensichtlich interessiert, ihre Möglichkeiten auszuloten und auszuweiten.

Die weitere Entwicklung in Deutschland ist ungewiss, zumal es bei der 2013 anstehenden Bundestagswahl vermutlich erneut zu einer großen Koalition aus CDU und SPD kommen wird. Was die EU-Politik angeht, so hat das Bundesverfassungsgericht der Umgehung des Parlaments erstmal einen Strich durch die Rechnung

gemacht. Dennoch sind die Wünsche nach einer Übernahme der (Finanz-)Souveränität kriselnder Staaten in der EU durch die Troika unübersehbar (wie letztes Jahr in Griechenland zu beobachten).

Ein interessanter Aspekt ist der massive Vertrauensverlust, den die Sicherheitsorgane zurzeit im Zuge der Ermittlungen zum NSU-Komplex erleben. Dabei geht es um die vermutliche Vertuschung von Informationen und den möglichen Schutz des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ durch den Verfassungsschutz verschiedener Bundesländer. Die NSU war eine Gruppe von Neonazis, die vermutlich 10 Personen zwischen 2000 und 2006 ermordeten, ohne dass die Sicherheitsdienste davon gewusst hätten.



Auch die bürgerlichen Medien haben Schwierigkeiten mit der Unterscheidung (Bild: Facebook-Pinnwand von Jugendliche ohne Grenzen)

Entwicklung der anarchistischen Bewegung in Deutschland

In den letzten fünf Jahren hat es eine insgesamt positive Entwicklung im Bereich des Anarchismus gegeben. Gemeint ist damit nicht die Tatsache, dass es in den Medien (besonders in den Feuilletons) häufiger positive Bezugnahmen zum Anarchismus gibt, sondern die organisatorische Entwicklung. Obgleich es natürlich Gruppen gibt, die in dieser Zeit eingegangen sind, wächst die Zahl dezidiert anarchistischer Gruppen.



Neben den älteren Organisationen FAU (anarchosyndikalistisch) und FdA (föderalistisch) hatten die Anarcho-Syndikalistische Jugend (ASJ) und das Anarchistische Netzwerk Südwest die rasanteste Entwicklung in den letzten drei Jahren. Zwei weitere Bereiche erlebten einen Aufschwung: libertäre Kongresse und libertäre Buchmessen: Im April 2009 fand in Berlin ein 4-tägiger anarchistischer Kongress statt, an dem ca. 500 Personen aus ganz Deutschland teilnahmen. 2010 und 2011 fanden in Dresden je eine Woche lang Libertäre Tage statt, an denen ebenfalls Hunderte von Personen teilnahmen. 2010 gab es die erste Libertäre Medienmesse in Oberhausen statt, an der nicht nur libertäre Verlage teilnahmen, sondern auch Projekte aus anderen Bereichen, etwa Radio, Grafik und Internet. Direkt nach St. Imier wird es die zweite Libertäre Medienmesse geben, diesmal in Bochum (24.-26. August 2012). Im April 2011 gab es in Mannheim eine libertäre Buchmesse, die 2013 zum zweiten Mal stattfinden soll. Insgesamt gibt sehr viel mehr Kontakt und Austausch zwischen anarchistischen Gruppen als noch vor 5 oder gar 10 Jahren.

Der Anarchismus ist allerdings weiter eine marginale Bewegung, auch innerhalb des linksradikalen Spektrums, das weiterhin von autonomen Zusammenhängen bestimmt wird. Die fehlende Legitimation der orthodox-kommunistischen Ideologien sowie der Niedergang der autonomen Gruppen (wo früher sehr viele dezidierte Anarchist*innen aktiv waren) fördern zurzeit wohl das Entstehen libertärer Gruppen. Weiterhin ist es jedoch so, dass die meisten Anarchist*innen in Deutschland sich nicht in den anarchistischen Gruppierungen organisieren, sondern im Regelfall eher themenbezogen in heterogenen Projekten und Gruppen arbeiten. Eine breite Diskussion über kommunistische und anarchistische Ansätze zur befreiten Gesellschaft findet innerhalb der radikalen Linken Deutschlands nicht statt. Auch unter den Anarchist*innen wird das politische Bekenntnis im Regelfall eher an unmittelbaren Anti-Haltungen (keine Zusammenarbeit mit Parteien, keine Toleranz gegenüber (auch linkem) Natio-

nalismus), denn an weitergehenden Gesellschafts- und Umwälzungsmodellen festgemacht. Eine Auseinandersetzung mit Organisations- und Revolutionstheorien findet in der Regel nicht statt, was auch die Organisationsscheue der meisten allgemein-anarchistischen Gruppen mitbegründet.

Publizistisch lässt sich die Situation derzeit so beschreiben: Die beiden wichtigsten anarchistischen Publikationen sind die "Graswurzelrevolution", die im September ihr 40-jähriges Jubiläum feiert, und die "Direkte Aktion", die seit 1977 erscheint. Die gewaltfreie, graswurzelorientierte Graswurzelrevolution ist eine Monatszeitung mit einer Auflage von 3.500 bis 6.000 Exemplaren. Die Direkte Aktion, die Monatszeitung der FAU, hat eine Auflage von etwa 3.000 Exemplaren und eine deutlich anarcho-syndikalistische Ausrichtung mit entsprechenden Themenschwerpunkten. Die wichtigste allgemein anarchistische Zeitschrift, der vierteljährlich erscheinende "Schwarze Faden", wurde 2004 eingestellt. Das neueste Projekt zur Herausgabe einer strömungsübergreifenden Zeitschrift ist die "Gaidao", die Monatszeitung des FdA (mehr dazu später). Zwei weitere langjährige anarchistische Blätter wären der "Feierabend" (vor allem für Leipzig gedacht) und die "Proud to be punk" (vor allem für das dezidiert anarchistische Punkspektrum Ostdeutschlands) zu nennen. Auflage wohl jeweils um die 500.

Forum deutschsprachiger Anarchist_innen (FdA)

Das Forum deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA) wurde 1989 als Initiative für eine Anarchistische Föderation (I-AFD) gegründet. Sie erlebte viele Auf- und Abs. Im Jahr 2000 wurde die I-AFD aufgelöst und durch das FdA ersetzt. 2005 wurde die aktuelle Prinzipienklärung beschlossen. Seit 1991 war das FdA in der IFA organisiert.

Im Frühjahr 2009 gab es das vorläufig letzte FdA-Treffen. Danach reduzierte sich die Aktivität des FdA auf Diskussionen über eine interne Mailingliste und dem Entsenden von Delegierten zu den CRIFA-Treffen (wo sich die Delegierten der IFA halbjährlich koordinieren). Im Mai 2010 organisierte das FdA das CRIFA-Treffen in Berlin. An den beiden folgenden Treffen in Sofia 2010 und Reggio Emilia 2011 waren jedoch keine FdA-Delegierten vertreten. Das lag hauptsächlich an der damaligen Inaktivität als Föderation und der Tatsache, dass es keine Treffen gegeben hatte. Nicht zuletzt befördert durch das gemeinsame Projekt einer Monatszeitung und der direkten Zusammenarbeits-

syndikal 2013
Kollektiver Organisator
im Taschenformat
192 Seiten · EUR 6,50 / CHF 10,-
www.syndikat-a.de



möglichkeiten im Forum kam in 2011 mehr Leben ins FdA.

Im Sommer 2011 kam es in Dresden zum ersten FdA-Treffen seit etwas mehr als 2 Jahren, wo auch gleich zwei neue Gruppierungen aufgenommen werden konnten, neue Vereinbarungen zur Arbeitsweise getroffen wurden und neue Projekte in Angriff genommen. Im September 2011 gab es dann ein weiteres Treffen, auf dem die gemeinsamen Vorstellungen einer Zusammenarbeit in der IFA diskutiert wurden und entsprechenden Beschlussvorschläge für den Kongress in St. Imier 2012 den Mitgliedsgruppen vorgelegt wurden.

Seit 1. Januar 2011 erscheint jeden Monat die Monatszeitung des FdA, die GaiDao, bislang hauptsächlich als Online-Erzeugnis (mit 28 oder 32 Seiten, mittlerweile auch immer wieder mit mehr als 40 oder 50 Seiten), das in manchen Fällen lokal ausgedruckt und verteilt wird. Bislang sind 20 Ausgaben erschienen. Es ist geplant, diese Zeitung monatlich drucken zu lassen. Auf der zweiten Libertären Medienmesse Ende August beginnt eine Kampagne dafür. Einer der Schwerpunkt der Zeitung ist die internationale Entwicklung. In mehreren Fällen gab es bereits Artikel über Schwesterföderationen oder deren Projekte (z. B. über Radio Libertaire in Paris – oder die Beteiligung der FAI Spanien an der 15M-Bewegung). Ebenso gab es zwei Son-

derausgaben (zu den M31-Protesten wegen der Krise in Frankfurt sowie zu St. Imier), die je in einer Auflage von 1.000 Exemplaren gedruckt und in Deutschland, Österreich und der Schweiz verteilt wurden.

Im Fokus der aktuellen Arbeit des FdA stehen: Auf der einen Seite das Ausloten einer besseren Zusammenarbeit innerhalb der Föderation sowie Möglichkeiten zur Integration weiterer Projekte darin. Auf der anderen Seite sind dies konkrete Projekte aus dem Bereich des Ressourcensharings, wie etwa eine gemeinsam Liste von Referent*innen für Vorträge und Diskussionsabende, ein Reiseforum sowie Foren zum Teilen von Fähigkeiten und vorhandener Ressourcen. Das sind alles Projekte, die erst angefangen haben und bislang noch keine großen Ergebnisse gezeigt haben, die jedoch Entwicklungspotential aufweisen.

Die Mitgliedsgruppen des FdA organisieren fast alle regelmäßige offene Treffen und Büchertische. Darüber hinaus betreibt eine Gruppe eine Radiosendung, eine andere produziert Audio-Beiträge.

In Kooperation mit befreundeten Mail-Ordern produzieren wir 150 T-Shirts als Solidaritätsaktion mit St. Imier. Außerdem druckten wir 3.000 Plakate auf Deutsch. In Kooperation mit Genoss*innen außerhalb des FdA entstand eine deutschsprachige St.Imier-Koordination, die sich um die Bewerbung des Events in Deutschland kümmert – mit einem Vortragspaket (Präsentation, Flyer, Skript) für alle Gruppen, die daran Interesse haben könnten. Es wurden auch zwei Infotouren organisiert.

Insgesamt sehen wir, dass wir als Organisation noch vieles zu lernen haben und unsere Strukturen erst festigen müssen. Dennoch sind wir frohen Mutes für die Zukunft.



Infotisch auf der Büchermesse in St.Imier

**10****[改道] Gai Dào**

N°21 - September 2012

Für den Anarchismus

Abschlussklärung des IFA-Kongresses in St.Imier



Das anarchistische Welttreffen in St. Imier hat es einer Menge Gruppen und Aktivist*innen, egal ob Mitglieder oder Nicht-Mitglieder der Internationalen der Anarchistischen Föderationen (IAF-IFA), ermöglicht, einander zu treffen und sich auszutauschen. Die IFA möchte an dieser Stelle ein Resümee aus dem Erlebten der letzten Tage ziehen.

Vor 140 Jahren wurde an diesem Ort die internationale „anti-autoritäre“ Bewegung begründet. Sie spielte eine tragende Rolle bei der Entstehung einer organisierten anarchistischen Bewegung. Sie arbeiteten an grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen und in diesem Sinne haben auch wir als IFA an dem Internationalen Treffen in St. Imier teilgenommen. Was wir anbieten können, ist die beste Gesellschaftsform, zu der die Menschheit fähig ist. Wir wollen eine Welt erreichen, in der es eine vollkommene ökonomische Gleichberechtigung gibt, was für uns bedeutet, dass es kein Privateigentum geben sollte, sondern dass wir alles gemeinschaftlich produzieren und besitzen, ohne jede Notwendigkeit für Geld.

Neben der wirtschaftlichen Gleichheit sollte es jedoch auch ein Maximum an persönlicher Freiheit geben. Das bedeutet, dass wir so leben, wie wir möchten, und niemand uns dazu zwingen kann, etwas zu tun, was wir nicht möchten, oder uns davon abhalten kann zu tun, was wir wollen. Es sei denn, es würde die Freiheit von Anderen einschränken. Auf diese Weise gäbe es keine Hierarchien oder Unterdrückung jedweder Art. Es bestünde keine Notwendigkeit für einen Staat oder eine Polizei, weil wir keine Kontrolle oder gar Zwang bräuchten. Es gäbe keine Gründe für Kriege oder globale Konflikte, weil wir keine politischen Feinde hätten und auch nicht den Wunsch oder das Bedürfnis danach, irgendjemand die Ressourcen wegzunehmen. Das ist es, was wir Anarchismus nennen.

Anarchist*innen lehnen die Idee ab, dass die Unterdrückung der Anderen in der menschlichen Natur liegt und dass wir ungleich sind. Es waren Herrschende und Staaten, die dieses System die gesamte Geschichte hindurch aufrechterhalten haben. Diese Lüge

rechtfertigt den Kapitalismus als „natürliches“ System. Wir hören, dass es eine Krise des Kapitalismus gibt, aber der Kapitalismus ist die Krise. Geschichtlich betrachtet ist es ein modernes System, welches bereits vor der aktuellen Situation die Menschheit unzählige Male in die Knie gezwungen hat. Menschen auf der ganzen Welt durchschauen jedoch diese Lüge und lehnen sich gegen Staaten und den Kapitalismus auf wie nie zuvor. Sie streben danach, ihre Bemühungen über die Grenzen der Nationalstaaten hinaus abzustimmen. Dieser Umstand macht eine anarchistische Gesellschaft wahrscheinlicher als je zuvor.

Aber der Anarchismus ist kein Utopismus. Es ist offensichtlich, dass sich zuerst viele Dinge verändern müssen, wenn eine solche Gesellschaft funktionieren soll. Unsere Aufgabe besteht jetzt darin, einen Beitrag zur Verwirklichung dieser gewaltigen Veränderungen zu leisten und eine hilfreiche Analyse anzubieten. Die Arbeiter*innenklasse, womit wir alle ausgebeuteten und verarmten Menschen meinen, uns selbst eingeschlossen, muss zu einer Massenbewegung werden. Entscheidend ist, dass der Kampf nicht neuen Anführer*innen mit alten Ideen anvertraut wird, sondern ein eigener Weg festgelegt wird.

Soziale Bewegungen üben heutzutage die Verwendung neuer Methoden der Organisation, die stark am Anarchismus angelehnt sind, zum Beispiel die direkte Aktion gegen Hindernisse bei ihrer Entwicklung und das Experimentieren mit nicht-hierarchischen Organisationsformen. Sie umfassen Student*innenbewegungen, Aktionen gegen die Zerstörung der Umwelt und gemeinschaftlicher Ressourcen, antimilitaristische Kämpfe, Kämpfe gegen G8-Gipfel und den Kapitalismus im Allgemeinen und ganz aktuell, den Kampf gegen die Sparpolitik, der die internationale Arbeiter*innenklasse vereint. Occupy, die Indignad@s und ähnliche selbstorganisierte Bewegungen gegen das Bankensystem haben die Bedeutung der direkten Aktion zur Rückeroberung des öffentlichen Raumes aufgezeigt. Die Aufstände von unterdrückten, indigenen Menschen in den letzten 10 Jahren, wie zum Beispiel der Zapatistas, haben die neuen sozialen Bewegungen begeistert und auch den Anarchismus beeinflusst. Diese neuen Bewegungen



Bild: Reissen wir die Mauern ein, die uns einschließen

bringen große Versammlungen hervor, die ihre Entscheidungen gemeinsam und ohne Anführer*innen treffen. Sie praktizieren die horizontale Entscheidungsfindung. Sie vernetzen sich föderalistisch als Organisationen mit gleichem Status ohne ein entscheidungstreffendes Gremium in ihrer Mitte.

Diese Versuche erreichen aber häufig nicht das, was möglich wäre, einfach weil entscheidende gesellschaftliche Veränderung es auch erfordern, dass wir uns als Individuen verändern. Wir streben danach frei und gleich zu sein, aber es muss auch eine freiwillig übernommene, persönliche Verantwortlichkeit und Selbstorganisation geben. Die Arbeiter*innenklasse selbst umfasst Trennungen, Unterdrückungsmechanismen und Hierarchien, die nicht einfach deswegen verschwinden, weil wir gleich und herrschaftsfrei sein wollen. Als ein Teil der Arbeiter*innenklasse kämpfen wir gegen unsere eigenen rassistischen, sexistischen und patriarchalen Verhaltensweisen. Ebenso bekämpfen wir die Annahme, dass Heterosexualität die Norm sei oder dass klar definierte Kategorien wie „männlich“ und „weiblich“ „normal“ seien. Wir müssen Diskriminierungen und Stereotypisierung aufgrund des Alters und der Fähigkeiten identifizieren und bekämpfen. Solange wir verinnerlichte Ungleichheiten und die Anerkennung von Hierarchien nicht erkennen und

überwinden, können wir nicht frei sein. Daher decken wir diese Missstände in sozialen Bewegungen, in Gewerkschaften und in der Gesamtgesellschaft auf und treten ihnen entgegen.

Nicht zuletzt muss die Arbeiter*innenklasse selbst Herrschaft und Kapital zu Fall bringen, um diese freie und gleiche Gesellschaft entstehen zu lassen. Wir nennen dies eine „soziale Revolution“. Innerhalb der Arbeiter*innenklasse versuchen Anarchist*innen das Selbstvertrauen in unsere Fähigkeit aufzubauen, so schnell und mit so wenig Gewalt wie möglich erfolgreich zu sein. Wir erreichen dies durch die Zusammenarbeit mit anderen Arbeiter*innen, um kleine Siege zu erzielen. Das schaffen wir nur durch direkte Aktionen und nicht durch Reformen und Verhandlungen mit Bossen. Direkte Aktion bedeutet nicht zu warten, sondern sich zu nehmen, was uns allen gehören sollte. Wir müssen die verschiedenen Kämpfe durch gegenseitige Hilfe unterstützen. Das bedeutet praktische Solidarität in Zeiten der Not, aber auch der Hilfe im Alltag. Das zeigt den Menschen, wofür wir stehen. Wir leben den Anarchismus insoweit es möglich ist bereits heute, und zwar dadurch, wie wir uns organisieren und wie wir kämpfen, um zu zeigen, dass eine anarchistische Gesellschaft möglich ist.

Wir ziehen den Hut vor den Genoss*innen der Vergangenheit und vor deren Arbeit und ihren persönlichen Opfern, die sie für die Emanzipierung der Menschen gebracht haben. Wir führen ihre Arbeit weiter und entwickeln kritisch ihre Ideen und passen sie an unsere Situation an. Sie würden ebenso den Hut vor der gesamten Arbeiter*innenklasse an diesem Punkt ihrer Geschichte ziehen, in ihrem Streben nach echter Freiheit und Gleichheit.

Die IFA hat sich während der letzten 5 Tage mit vielen Themen befasst und im Besonderen mit:

- Wirtschaftskrise und soziale Kämpfe
- Internationale Solidarität
- Antimilitarismus
- Anti-AKW-Bewegung und alternative Energien
- Migration

Mit dieser Grundlage hat die IFA ihre Aktivitäten neu belebt und lädt alle unterdrückten Menschen ein, für die Veränderung der Gesellschaft zu kämpfen, für den Anarchismus.

Die Internationale der Anarchistischen Föderationen (IAF-IFA), 12. August 2012



Kraftvoller Schritt in die richtige Richtung

Kommentar zu St.Imier

★ w.m.

Das Internationale Anarchistische Treffen und damit gleichzeitig der Kongress der Internationale der Anarchistischen Föderationen (IFA) liegen hinter uns. Mehr noch als die großen Podiumsdiskussionen, Infostände und Vorträge schwingen in vielen von uns sicher noch die individuellen Eindrücke nach: Das gemeinsame Singen mit mehreren hundert Genoss*innen aus aller Welt, die vielen Einzel- und Kleingruppendiskussionen, der Sternschnuppenregen bei der gemeinsamen, nächtlichen Ankunft in den Camps, die Herzlichkeit und politische Offenheit vieler Einwohner*innen St. Imiers ...

Das Treffen war so facettenreich und komplex, dass eine detaillierte Betrachtung und Auswertung wohl erst in einigen Wochen und dann wohl in Form einer Broschüre erbracht werden kann. Bis dahin sind in einigen Städten schon jetzt Auswertungstreffen und Präsentationen geplant. Schon jetzt lässt sich jedoch absehen, dass das Treffen auch für viele kleinere Städte im deutschsprachigen Raum eine elektrisierende Wirkung hatte und zum Teil mehrere Dutzend Menschen aus einer Stadt den beinahe tausend Kilometer langen Weg antraten.

Diese Anziehungskraft gilt es für uns als Anarchist*innen nun zu nutzen und wieder in unsere Städte zu tragen. Das Gefühl einer globalen Verbundenheit, der Solidarität und einer kämpferischen Aufbruchstimmung soll auch Einzug in die Gruppen der verschlafenen deutschsprachigen Städte halten.

St. Imier hat dabei gezeigt, wie wichtig die internationalen und überregionalen Organisationen sind, ohne die Treffen in der Größe aber auch die meisten Publikationen und sonstige Infrastruktur nicht möglich wären. Auch ein Genosse aus Griechenland unterstrich in seinem Bericht, dass Griechenland vielleicht die größte anarchistische Bewegung Europas habe, diese jedoch durch ihren dominierenden organisations- und planungsfeindlichen Insurrektionalismus

außerhalb von Kleinprojekten und Straßenkampf der desolaten Situation Griechenlands konzeptlos gegenüber steht. Ein weiteres Beispiel waren die Debatten um den nächsten europaweiten M31-Aktionstag, der wieder mit einem spanischen Generalstreik verbunden werden soll. Diese Form des Massenprotestes wäre ohne die Informations- und Entscheidungsfindungsstrukturen der beiden anarchistischen Internationalen IAA¹ und IFA wohl kaum möglich.

Während der Zeit in den Schweizer Bergen war es immer wieder ein wunderbares Erlebnis wie Mitglieder von FdA, FAU², ASJ³ und dem A-Netz Südwest⁴ miteinander diskutierten, sich Mut zu sprachen und gemeinsame Ideen aussponnen. Diese inhaltliche und praktische Offenheit zwischen den Mitgliedern der einzelnen Organisationen gilt es auch in der täglichen Arbeit weiter umzusetzen – daraus einen Diskurs und eine Aufgabenteilung zwischen den Organisationen zu entwickeln.

Noch ist aber weiterhin ein großer Teil der Anarchist*innen in Deutschland in keiner dieser Organisationen und hat damit auch keinen oder weniger Zugang zu den strategischen Debatten, der internationalen Kommunikation, der kollektiven Entscheidungsfindung und den gemeinsamen Ressourcen. Deswegen bleibt es vor allem weiter nötig die Vorteile von Kräftebündelung und gemeinsamer Arbeit für die gesamte Utopie aufzuzeigen und Leute zu ermuntern sich zu engagieren. Das derzeitige öffentliche Interesse an anarchistischen Veranstaltungen und Protesten zeigt, dass es nicht unmöglich ist, den Anarchismus wieder als treibende gesellschaftliche Kraft und Alternative ins Gespräch zu bringen. Dabei kann es uns gelingen endlich aus dem Schatten reformistisch-linker Parteien und populistischer K-Organisationen zu treten.

Nehmen wir dies als Ansporn und begreifen wir St. Imier und den nächsten M31-Aktionstag dabei als willkommene Schritte in die richtige Richtung.

[1] Internationale Arbeiter*innen-Assoziation [2] Freie ArbeiterInnen Union. Sektion der IAA in Deutschland [3] Anarchosyndikalistische Jugend. Freie Jugendorganisation [4] Lokale, ungebundene anarchistische Föderation, z. T. auch im FdA organisiert

In uns schlummern neue Ideen

Gedanken zum anarchistischen Welttreffen in St.Imier

★ Zottel aus Dresden

Als noch jüngerer Antifaaktivist beschloss ich nach zunehmenden Zweifeln an der Politik antifaschistischer Gruppen fürs Erste etwas Abstand zu nehmen und mich neu zu orientieren. Daraus wurde nichts, denn die Gipfelproteste gegen den G8 in Heiligendamm standen an. Was ich mir mehr als einen temporären Abschluss des Aktivismus vorgestellt hatte, wurde für mich so eindrücklich und motivierend, dass es nur noch ein Weiter in organisiert-politischen Gruppen geben konnte. Abgesehen von Attac natürlich herrschte auf den Camps und bei den Aktionen trotz der Vielfalt ein Klima der Solidarität untereinander. Im Nachhinein kann man sich fragen, ob es wirklich angebracht war, dort Seite an Seite mit Trotzki*innen, Leninist*innen, etc. und diversen reformistischen Organisationen zu stehen. Sicher hat es die gefühlte, damalige Stärke der Bewegung ausgemacht und bleibt so für viele ein prägendes Erlebnis.

Seitdem sind einige Jahre ins Land gegangen. Dresden erlebte ein Hoch anarchistischen Aktivismus, die Gründung einer lokalen Föderation sowie vieler Projekte in ganz verschiedenen Bereichen. Im Jahre 2010 wurde die Phase anarchistischer Hochkonjunktur überschritten. Danach ist die Entwicklung in einen inkonsequenten Selbsterlegungsprozess übergegangen (Siehe Gaidao Nr. 18: Auswertung nach drei Jahren Libertären Netzwerk Dresden). Jetzt stellt sich für die neu-illusioniert Aktiven und die alt-desillusioniert Aktiven die Frage: Wie können wir uns neu or-

ganisieren? Wie können wir den Trend umkehren? Da liegt es nahe große Hoffnungen in ein Ereignis wie das Anarchistische Welttreffen in St. Imier zu legen. Kann es am Ende eine so große Wirkung auf die Bewegung entfalten wie einst der G8 Gipfel in Heiligendamm oder die Pogrome in Rostock und Hoyerswerda auf die antifaschistische Bewegung der neunziger Jahre?

Die heilende Wirkung des Events für die*den Anarchist*in liegt weniger in der klaren, eidgenössischen Gebirgsluft als vielmehr darin, aus der Vereinzelung gerissen zu werden und einige Tage in einer temporären Gesellschaft leben zu dürfen, die gewisse anarchistische Basics anerkennt – in einer Gesellschaft, die uns nicht als extremistische, verwirrte Freaks an den Rand stellt, sondern uns respektiert, egal ob wir wenig materielle Mittel haben, People of Color oder biologisch weiblich sind, etc. Natürlich bringen wir den Ballast unserer jeweiligen kulturellen Sozialisation mit zu diesem Treffen, aber im Kontext der vielen geografischen Herkünfte verliert sie ihr Gewicht. In St. Imier konnten sich Menschen endlich als Menschen begegnen, sich austauschen und vernetzen.



Einer, der vielen Vorträge in inniger Kuschatmosphäre



Hier waren wir nicht instrumentalisiert durch strukturelle Eindosungen wie nationale Konstrukte oder gesellschaftliche Stellungen.

Gerne geben wir uns diesem wunderbaren Moment hin, träumen von der sozialen Revolution und vergessen die vielen ungelösten Widersprüche. Das böseste Erwachen dürfte den Aktivist*innen von der Anarchist Federation (GB) beschert gewesen sein, als sie zurück auf den britischen Inseln von der Antiterror-einheit begrüßt wurden. Bei Vorträgen vieler Organisationen war von den revolutionären Massen die Rede. Tatsächlich erleben wir eine Entwicklung hin zu massivster Überwachung des Einzelnen, extremen Normativitäts- /Leistungsdruck und einer Umverteilung von unten nach oben. Nationen und Kulturgemeinschaften werden neu entdeckt und gegeneinander in Stellung gebracht. Der Widerstand dagegen ist schwach und zerfasert – jedoch zumindest vorhanden. Ein sehr kleiner Teil dieses Widerstandes ist explizit anarchistisch, ein noch kleinerer Teil organisiert anarchistisch und dieser marginale Teil wiederum zergliedert in die vielen historisch gewachsenen Strömungen des Anarchismus ganz zu schweigen von den verschiedenen Lifestyles. In dieser Ausführung soll keine Kritik der anarchistischen Bewegungen mitschwingen, aber eine Warnung vor Größenwahn, Revolutionsrhetorik mit Bezug auf die globale Arbeiter*innenklasse und somit einer Ablösung von den Realitäten. Natürlich freut es trotzdem, wenn Einzelne von dem Treffen mit neuer Kraft, Überzeugung und Projektideen in ihre sozialen Zusammenhänge zurückkehren und etwas davon an die Umwelt weitergeben.

Im Gegensatz zu den häufiger organisierten Anarchocamps hatte das Treffen in St. Imier nicht nur einen Aspekt des Kennenlernens und des Lebens in einer temporären selbstorganisierten Gesellschaft.

Im Vordergrund stand das unglaublich gefüllte Veranstaltungsprogramm, die Buchmesse und der IFA-Kongress. Die Veranstaltungen drehten sich zum Einen viel um anarchistische Theorie und Historie. Zum Anderen stellten Organisationen rund um den Globus ihr lokales Engagement vor. Auch die eine oder andere Diskussionsveranstaltung war angekündigt. Diese verliefen allerdings meist nicht ideal, was auf die Menge der Teilnehmenden und die Vielzahl der Sprachen zurückgeführt werden kann. Die fruchtbareren Diskussionen ergaben sich dann eher spontan vor den Veranstaltungsorten oder an der Seilbahn und fanden häufig sogar über Gruppen einer Sprachzugehörigkeit hinaus statt. Hauptdiskussionspunkte waren unter anderen Möglichkeiten handlungsfähige, hierarchiearme Organisationen aufzubauen, der Klassenbegriff und die Inhalte der anarchafeministischen Diskussionsrunden. Insgesamt wäre das Treffen in seiner Form ohne die vielen, sich zum Teil spontan freiwillig meldenden Übersetzer*innen nicht zu Stande gekommen. Auch die organisierenden Gruppen haben sich zuvor mit dem Thema Übersetzung befasst und konnten an einem Veranstaltungsort, dem „Salle de spectacle“, eine professionelle Synchronübersetzungsanlage zum Einsatz bringen. Und weil es ausgesprochen werden muss: Die öffentlichen Küchen mit ihrem bio-veganen Essen waren großartig, zumal man bedenken muss, dass sich die KöchInnen die Veranstaltungen zum großen Teil für ihr Engagement entgehen lassen mussten.

ANARCHISTISCHER MAILORDER

BLACK MOSQUITO



TEXTE · PLAKATE · AUFKLEBER · MARKER · VEGANES ESSEN · MUSIK · KLAMOTTEN · BUTTONS · FILME

Gleiches gilt für die erst spontan zusammengestellte Awareness-Struktur.

Das Veranstaltungskonzept konnte es nicht allen Recht machen. Insbesondere aus der insurrektionalistischen Ecke wurde Kritik an dem legalistischen Konzept des Kongresses laut. Aus Protest wurde ein wildes Camp eröffnet. Außerdem gab es Kritik an einer an der Organisation beteiligten Gruppe, der Organisation Socialist Libertaire (OSL). Insbesondere ein Mitglied geriet in den Fokus der Anfeindungen. Die Auseinandersetzung wurde mittels einer Torte ins Gesicht und einer öffentlichen Stellungnahme praktiziert.

zustellen. Leider hat die IFA diese Chance in meinen Augen vertan, was sicherlich auch daran lag, dass keine Erfahrungen mit einem öffentlichen Kongress dieser Größe vorlagen. Aufgrund fehlender Veröffentlichungen vor Ort wurde die IFA als Organisator*in des gesamten Treffens wahrgenommen, der sich in einem eigenen Gebäude von den anderen Aktivist*innen abschottet. Zusätzlich feindselig wirkten die Türkontrollen bei nichtöffentlichen Teilen des Kongresses. Es ist klar, dass es diese geben muss, aber ohne eine Erklärung hinterlassen sie bloß einen schlechten, intransparenten Eindruck. Die öffentlichen Veranstaltungen wiederum waren übersetzungstechnisch im



Andere wollten sich mehr auf das anarchistische Zusammenleben als auf Vorträge konzentrieren. Sie waren von den kaum sichtbaren oder erreichbaren Organisationsstrukturen wenig erfreut. Kritik bestand weiterhin an der für körperlich Beeinträchtigte schlechten Zugänglichkeit von Veranstaltungsorten und der mitunter schlechten Frauenquote auf den Podien.

Persönlich fehlten mir praxisbezogenere Vorträge, die fähig gewesen wären einen anarchistischen Weg basierend auf einer aktuellen politischen Analyse aufzuzeigen. Zu häufig wickelten sich Akteur*innen in schön klingende, ideologische Worthülsen. Ich hätte gerne im Nachhinein eine genauere Vorstellung gehabt, was denn nun konkret der „dritte Weg“ sein soll, den wir Staat und Kapital entgegenstellen. Mir scheint, dass manche Anarchist*innen Angst haben ihre reine Lehre mit größeren praktischen Experimenten zu beschmutzen.

Gleichzeitig mit dem Anarchistischen Welttreffen fand der Kongress der Internationalen der Anarchistischen Föderationen (IFA) statt. Sie stellt ein Organisationsmodell für eine globale Vernetzung anarchistischer Organisationen bereit und hätte hier die (einmalige?) Möglichkeit gehabt, sich der anarchistischen Öffentlichkeit als eine Option der effektiven Vernetzung da-

Gegensatz zu den Restveranstaltungen so schlecht organisiert, dass die IFA öffentlich zwangsweise als ignorant oder unprofessionell wahrgenommen werden musste. Ich kritisiere hier auch die heftigen Bildungshierarchien, die durch das unbedachte Verhalten der IFA zum Tragen gekommen sind. All dies sind Fehler, die ich mir als Mitstreiter des Netzwerks und damit IFA-Mitglied genauso anstreiche.

Wir haben viele Veranstaltungen mitgeschrieben, die auf eine Auswertung warten; Bilder und Gespräche gehen mir durch den Kopf. Ich denke, dass wir viel mehr als anarchistische Literatur von der Buchmesse mit zurückgenommen haben. In uns schlummern neue Ideen, Kräfte und einen neue Lust Realitäten zu hinterfragen und endlich eine anarchistische Praxis denkbar zu machen. Vielleicht ist aber auch das alles bloß ein schöner Traum.

Abschließend möchte ich all denen meinen Dank aussprechen, die in Organisation und Ablauf des Treffens involviert waren, denen die einen weiten Weg und finanziellen Aufwand auf sich genommen haben um dem Treffen beizuwohnen und der Bevölkerung von St. Imier, die sich nicht von einer Hetze großer Boulevardzeitungen beeindrucken lassen hat, sondern den anreisenden Anarchist*innen unvoreingenommen und freundlich gegenüberstand.



„Gewalttätig und Störend“

*Englische Anarchist*innen nach Rückkehr aus St-Imier in Heathrow von Anti-Terror Einheit festgehalten*

★ *Anarchist Federation (AF) Britain*

Während der letzten Woche kamen tausende Anarchist*innen aus Europa in St-Imier, Schweiz, zusammen, um das 140. Jubiläum der Gründung der Anarchistischen Internationale zu feiern. Das Treffen hatte die Form eines Festivals und einer Bildungsveranstaltung mit Musik, Filmen, Unterhaltung, ebenso mit Workshops und Diskussionen.

Bei der Rückkehr vom Treffen in St-Imier wurden zwei Anarchist*innen, einer von ihnen ist Mitglied der An-

menen Anarchist*innen wurden auch gezwungen, Verzichtserklärungen zu unterschreiben – legal oder nicht legal – in Bezug auf ihr Recht zu schweigen und ihr Recht auf einen Rechtsbeistand. Die Polizei führte auch eine gründliche Durchsuchung des persönlichen Besitzes durch, fotokopierte Literatur und Ausweise und entnahm Informationen von Telefonen und Kameras.

Während der Ingewahrsamnahme beschuldigte die Polizei die Anarchist*innen ständig in Bezug auf ihre Beteiligung an kriminellen Aktivitäten zu lü-



Freundlich und bürgernah: Einsatzkräfte der SO15 am Flughafen Heathrow

archistischen Föderation in Großbritannien (AF Britain), für nahezu zwei Stunden am Londoner Flughafen Heathrow vom SO15 (Terrorismusbekämpfung) in Gewahrsam genommen. Während der Ingewahrsamnahme wurde den Anarchist*innen gesagt, dass ihre normalen Rechte keine Gültigkeit hätten. Ihre Namen, Adressen, E-Mail-Adressen, DNA und Fingerabdrücke wurden aufgenommen. Die in Gewahrsam genom-

men und behauptete, dass sie weitere Polizeiaktionen gegen eine*n der in Gewahrsam genommenen Anarchist*innen durchführen würde. Zusätzlich stellten SO15-Offizier*innen eine Reihe von provokanten, irrelevanten und beleidigenden Fragen, einschließlich der Frage „Was würden sie tun, wenn jemand ihre Mutter vergewaltigen würde?“ Augenscheinlich taten sie dies, um einen Gefühlsausbruch und strafbare, wütende oder gewalttätige Antworten

zu provozieren. Ein Mitglied (28), das aus Angst vor Polizeirepressionen nicht namentlich genannt werden möchte, sagte: „Wir wurden wie Kriminelle behandelt. Ich sagte ihnen, dass ich zum Kongress ging, weil ich Amateurjournalist bin und Artikel über Aktivismus schreibe. Sie sahen mein Notebook, meine Kamera und mein Diktiergerät, aber sie sagten, ich würde lü-

Anarchist*innen waren nie in irgendwelche illegalen oder gewalttätigen Aktionen involviert oder an irgendeine Aktion, die die Terrorabwehr betreffen würde.

Wie in der Vergangenheit, als die Londoner Polizei die Menschen dazu aufrief, Informationen über örtliche Anarchist*innen weiterzugeben („Anarchist*innen sollten gemeldet werden, ermahnt die Westminster Antiterrorpolizei“ | uk news | the Guardian), erlitten Anarchist*innen Schikane für ihre politische Überzeugung.

Als klassenkämpferische Anarchist*innen glauben wir, dass der Staat wenig tut, außer den Interessen der Reichen und Mächtigen zu dienen auf Kosten der normalen Leute. Dies tritt klar zu Tage, wenn Menschen, die kritische Ansichten in Bezug auf den Staat vertreten, wie Kriminelle und Terrorist*innen behandelt werden. Wir wollen

eine klassenlose Gesellschaft schaffen, die auf Freiheit, Gleichheit und Kooperation basiert. Wir glauben an die Fähigkeit der normalen Leute, die Gesellschaft selbst zu verwalten ohne die Einmischung durch Bosse und Politiker*innen. Dieser Zwischenfall war keine Reaktion auf irgendein Verbrechen. Er zeigt die Unterdrückung und Kriminalisierung einer politischen Überzeugung.

Übersetzung: nigra



gen. Ein*e Offizier*in sagte: „Sie sagten, dass Sie ein*e Anarchist*in seien. Ich habe Anarchist*innen in den Nachrichten gesehen. Sie sind gewalttätig, werfen Molotovcocktails und stören den Alltag der Leute. Sie schreiben keine Artikel.“

Die Terrorismusbekämpfungsoffizier*innen wussten nichts davon oder entschieden sich dazu, es zu ignorieren, dass die Internationale der Anarchistischen Föderationen (der die AF Britain angehört) eine Stellungnahme veröffentlicht hatte, die alle terroristischen Taktiken zur Erreichung einer anarchistischen Gesellschaft, ablehnte.

Im Gegensatz zu den britischen Sicherheitskräften berichteten die lokale Presse und die Einwohner*innen von St-Imier sehr positiv über das anarchistische Treffen.

Diesen Zwischenfall bewerten wir als einen weiteren Schritt in Richtung einer politischen Polizeiarbeit und der Kriminalisierung politischer Weltanschauungen. Die zwei in Gewahrsam genommenen

	Aktuelle Ausgabe - Direkte Aktion:	
Probeheft gratis! Jahresabo 9 EUR	Urlaub & Freizeit Im Kapitalismus gibt es kein außerhalb der Arbeit. Urlaub und Freizeit dienen in erster Linie der Reproduktion der Arbeitskraft, damit danach wieder mit voller Leistung weiter produziert werden kann. Trotzdem sind Urlaub und Freizeit keine Selbstverständlichkeit, sondern Rechte, die von früheren Generationen von ArbeiterInnen hart erkämpft wurden, und auch in Zeiten der Krise werden die, teilweise schon erhörten, Rufe nach längerer Tagesarbeitszeit und Kürzung des Urlaubsanspruch immer lauter.	
	www.direkteaktion.org	



Der Ausverkauf geht weiter

Griechenland nach der Wahl

★ Ralf Dreis (FAU Frankfurt)

Der Ausverkauf geht weiter! Begleitet von einer Welle des Rassismus, Massenverhaftungen Illegalisierter, faschistischer Pogrome gegen Migrant*innen und staatlich-parastaatlicher Angriffe auf anarchistische Treffpunkte und besetzte Häuser.

„Im Rückblick auf die letzten Jahre, harte Kämpfe überall. Wie passen die Barrikaden und Flammen des Generalstreiks vom 12. Februar in Wahlurnen? Wie das „bis hier und nicht weiter“ der wenigen aufrechten Proletarier in Zeiten der Angst und Unterwerfung auf der Arbeit? Wie die Kämpfe gegen die Nazihorden von Chrysi Avgí in den Vierteln? Und wie unsere fehlenden Brüder und Schwestern, die wir an unserer Seite wissen, auch wenn sie in den Knästen des Regimes schmoren? In Zeiten wie diesen versuchen wir das Unmögliche; all das passend zu machen. Die 1000ml Benzin in der Wahlurne des Wahlbezirks 18 in Exárchia am 17. Juni sind unsere 1000 Stimmen.“ (Beitrag einer anarchistischen Gruppe zur Parlamentswahl)

Der Aufmacher „Sieg der Konservativen treibt Börsenkurse nach oben“ (Süddeutsche Zeitung, 18. Juni) benennt klar die Profiteure des Wahlsiegs der konservativen Néa Dimokratía (ND). Mit einer beispiellosen Erpressungskampagne der wirtschaftlichen und politischen Eliten Europas – „Euro oder Linksalianz“ – waren die Griech*innen vor einem Sieg von Syriza (Allianz der radikalen Linken) gewarnt worden. Gegenüber der Wahl vom 6. Mai legte ND schließlich um 10 Prozent auf 29,6 Prozent zu und verfügt einschließlich der 50 Bonussitze für die stärkste Partei über 129 der 300 Parlamentssitze. Zusammen mit der weiter geschrumpften sozialdemokratischen Pasok (12,3 Prozent, 33 Sitze), und der als linkes Feigenblatt benötigten Demokratischen Linken (Dimar, 6,7 Prozent, 17 Sitze), einigte sich der konservative Parteichef und neue Ministerpräsident Antónis Samarás auf eine Koalitionsregierung.

Mit 26,9 Prozent und 71 Sitzen ist Syriza die größte Oppositionspartei, gefolgt vom rechtspopulistischen ND-Aussteiger Pános Kamménos (Unabhängige Griechen, 7,5 Prozent, 20 Sitze), und den bekennenden Nazis und Hitlerverehrerern von Chrysí Avgí (6,9 Prozent, 18 Sitze). Die stalinistische KKE verlor fast die Hälfte ihrer Wähler*innen und kommt noch auf 4,5 Prozent und 12 Sitze. Knapp 40 Prozent der Wähler*innen wählten nicht oder ungültig.

Fast täglich rassistische Übergriffe

Seit der Wahl hat sich das schon zuvor angespannte gesellschaftliche Klima weiter verschlechtert. Entlassungen, Lohnkürzungen, Arbeitslosigkeit, die Welle der Selbstmorde aus Verzweiflung reißt nicht ab. Darüber hinaus blasen Staat und Nazis zum Angriff auf selbstverwaltete Strukturen. In den frühen Morgenstunden des 2. Juli stürmen Polizeieinheiten den anarchistischen Treffpunkt Nadir, das besetzte Haus Orfanotrofío und mehrere Wohnungen in Thessaloniki. Insgesamt 25 Personen des anarchistischen Spektrums werden verhaftet, als Mitglieder zweier krimineller Banden angeklagt und nach einigen Tagen unter Auflagen auf freien Fuß gesetzt. Auf Grund der Tatsache, dass die betroffenen Gruppen verfeindet sind, gestaltet sich die Solidaritätsarbeit schwierig. In der Nacht des



Neben Becks und Mercedes ein weiterer, deutscher Exportschlager. Cover der gleichnamigen Zeitschrift der neonazistischen Partei „Goldene Morgendämmerung“ (Indymedia Athens)



11. Juli verüben Faschist*innen einen Sprengstoffanschlag auf das besetzte Zentrum Apértus in Agrínio, es entsteht Sachschaden. Am 13. Juli wird auf das besetzte Haus Dráka in Kérkyra (Korfu) ein Brandanschlag verübt. Obwohl es Nachmittag ist und Feuerwehr und Polizeiwache nur 200m entfernt, dauert es eine Stunde bis sie vor Ort erscheinen. Der erste Stock brennt komplett aus. Nach dem besetzten Treffpunkt Eliá und der alten Synagoge, ist es bereits der dritte faschistische Brandanschlag in Kérkyra innerhalb eines Jahres. In Thessaloníki versucht die Stadt am 30. Juli dem besetzten Haus Délda den Strom zu kappen, was verhindert werden kann. Allen Angriffen folgen öffentliche Mobilisierungen, Kundgebungen und Demonstrationen, die natürlich immer auch einen gesellschaftlichen Schutz darstellen.

Völlig recht- und schutzlos den Angriffen ausgesetzt sind Andere. Ausgeblendet von den bürgerlichen Medien hat der erneute Parlamentseinzug der Nazipartei Chrysí Avgí und die staatlichen Hetzkampagnen gegen Flüchtlinge zu einer Welle rassistischer Pogrome und Menschenjagden in Athen und anderen Regionen des Landes geführt. Nicht nur Vertreter*innen von migrantischen Gruppen sehen die in weiten Teilen rassistische Polizei als Teil des Problems. Allein die pakistanische Gemeinde berichtet von über 60 Angriffen innerhalb eines Monats und befürchtet aufgrund der polizeilichen Untätigkeit, neben einer wesentlich höheren Dunkelziffer, dass es zu bewaffneter Gegenwehr der Angegriffenen kommen könnte. Bewohner*innen eines Athener Romaviertels eröffneten Anfang Juli nach rassistischen Angriffen das Feuer auf den Nazipöbel und die Polizei.

Der Vorsitzende der pakistanischen Gemeinde Javed Aslam erklärte gegenüber der bürgerlichen Tageszeitung Ta Néa: „Am Abend der Wahl fuhren bei Schimatári mehrere Stunden über 100 Rechtsradikale mit vermommtten Gesichtern und Knüppeln und Ketten in den Händen auf Motorrädern herum und jagten Ausländer*innen. Die informierte Polizei ließ die Gruppe ungestört agieren. Auch auf dem Wochenmarkt in Néa Ionía finden ständig Angriffe gegen Pakistaner*innen statt. Die Nazigruppen lauern morgens um 3 Uhr denen auf, die ihre Stände aufbauen, und schlagen sie zusammen. Wir haben Schutz verlangt, jedoch nichts geschieht.“ Auf www.contra-info wird von Übergriffen rassistischer Fußballfans nach dem Sieg der griechischen Nationalmannschaft über Russland am Omónia-Platz berichtet: „Eine Gruppe von ca. 70 Personen hielt Stadtbusse an und schlug auf nicht-griechische Passagiere ein. Ähnliche Angriffe gab es

an der U-Bahnstation Attikí und im Stadtteil Ágios Panteleímon. Die anwesende Polizei griff nicht ein.“ Im Athener Stadtteil Nikea wurden am 22. Juni ausländische Ladenbesitzer*innen bedroht, auch hier schaute die Polizei zu. In Korínth, Loutráki, Kálamos und Chaniá auf Kreta wurden wiederholt Migrant*innen mit Eisenstangen und Messern schwer verletzt. Ein Ägypter konnte in Chaniá nur durch eine Notoperation gerettet werden, bei der ihm die Ärzte eine Niere entfernen mussten. Am 23.6. schlugen im industriellen Slum von Elaiónas, nahe des Athener Zentrums, ca. 20 Schläger auf Nicht-Griech*innen ein und verwüsteten im Anschluss ihre Häuser. Die zu Hilfe gerufene Polizei nahm die Migrant*innen fest. Ähnliches geschah einen Monat später in Menídi, hier wurden sieben Häuser komplett zerstört, die frühzeitig eingetroffene Polizei schaute zu. Erneute Schusswechsel zwischen Roma und Rassisten meldete indymedia athens in der Nacht des 4. August aus dem Dorf Aitolikó bei der Kleinstadt Mesolóngi in Westgriechenland. Nachdem Anhänger*innen von Chrysí Avgí Bewohner*innen einer Romasiedlung angegriffen hatten, eröffneten diese das Feuer und steckten Barrikaden in Brand.

Der Olympische Gedanke

Als in Deutschland noch der Fall der mit einem NPD-Kader liierten Olympia-Ruderin Nadja Drygalla diskutiert wurde, hatte das griechische Olympia-Team den eigenen Rassismus-Skandal schon hinter sich. Die Dreispringerin Voúla Papachristou durfte gar nicht erst nach London reisen. Grund ihr rassistischer Kommentar zur Moskitoplage auf Facebook: „Bei so viel Afrikanern in Griechenland, bekommen die Nil-Moskitos wenigstens Hausmannskost zu essen.“ Nach einem Sturm der Entrüstung und der Entdeckung von Waffenbildern mit faschistischen Abzeichen auf ihrem Facebook-Profil, wurde auch noch ihr reges Twittern mit Ilías Kasidiáris, dem Pressesprecher von Chrysí Avgí bekannt. Vor den Wahlen vom 17. Juni hatte der Faschist Kasidiáris vor laufenden Kameras die Abgeordnete der KKE Líá Kanélli während einer Fernsehdiskussion zweimal ins Gesicht geschlagen. Papachristous Beteuerungen, sie habe niemanden beleidigen wollen und sei keine Rassistin, was man schon daran sähe, dass ihr Trainer Bulgare sei, halfen ihr nicht. Wegen der „Unvereinbarkeit ihrer Äußerungen mit der olympischen Idee“ wurde sie am 25. Juli aus dem griechischen Team ausgeschlossen.

Zur Tat – diesmal in staatlichem Auftrag – schritt Anfang August erneut die griechische Polizei. Bei den bisher härtesten Razzien und so genannten Säube-



rungsaktionen gegen MigrantInnen in Athen wurden mehr als 6.500 Menschen vorübergehend festgenommen. 1600 Illegalisierte befinden sich seitdem in Haft und sollen abgeschoben werden, bei 88 Menschen aus Pakistan wurde die zwangsweise Abschiebung bereits durchgeführt. „Bürgerschutzminister“ Nikólaos Déntias begründete die Operation unter dem Namen Xénios Zeus – dem Gott der Reisenden und der Gastfreundschaft in der griechischen Mythologie – damit, dass sich das Land in der derzeitigen desolaten Wirtschaftslage keine „Invasion von Migranten“ leisten könne. Die Zuwanderung sei ein weit größeres Problem als die schlechte Finanzlage. Diesem Klima des Hasses fiel am 11. August ein 19-jähriger kurdischer Flüchtling aus dem Irak zum Opfer. Er fiel in Athen einer Gruppe Faschist*innen auf Ausländerjagd in die Hände und wurde mit mehreren Messerstichen ermordet.



„Bedauerliche Einzelfälle“: Rassistische Polizeischikane in der Innenstadt von Athen (Indymedia Athens)

Bericht von Amnesty International (ai)

Das rassistische Agieren der Polizei und ihr überaus brutales Vorgehen gegen linke und anarchistische Demonstrant*innen ist bekannt. Nach Berichten der bürgerlichen Wochenzeitung *To Wíma* wählten am 17.6. erneut über 50 Prozent der im Athener Polizeihauptquartier abstimmenden MAT-, Días- und Deltá-Sondereinheiten die Faschist*innen von Chrysi Avgí. Ein Ende Juli vorgelegter ai-Bericht verurteilt die Polizeigewalt scharf und fordert staatliche Maßnahmen gegen prügelnde Beamt*innen. „Keine Einzelfälle“ ist

der auf über 80 Interviews mit Opfern und Zeug*innen, aber auch mit Angehörigen der Polizei basierende Report überschrieben. Die Polizei wende „routinemäßig exzessive Gewalt“ gegen Demonstrant*innen an, heißt es dort. Dies habe sich erneut bei den Massenprotesten gegen die Sparprogramme der Regierung gezeigt, bei denen die Polizei „oft auf brutale Weise“ eingeschritten sei. Unter anderem habe sie chemische Reizstoffe und Blendschockgranaten eingesetzt, die internationale Normen verletzen. Verhaftete Demonstrant*innen wurden zusammengeschlagen und hätten keinen Zugang zu Ärzt*innen oder Anwält*innen erhalten. Auch Angehörige von Minderheiten, Asylsuchende, Migrant*innen oder Roma würden oft misshandelt. Die Behörden hätten solche Vorkommnisse zwar bestätigt, sie jedoch als Einzelfälle abgetan. Bei der Vorstellung des Berichts in Athen wurde ai nun erneut mitgeteilt, es handele sich bei den Misshandlungen

um „bedauerliche Einzelfälle“, so David Diaz-Jogeix, der stellvertretende Direktor von ai für Europa, am 31. Juli. Er forderte den griechischen Staat auf, die von ai seit mehr als zehn Jahren beobachtete Polizeigewalt „als systematisch anzuerkennen“ und Strukturen zur Abhilfe zu schaffen. Bei einem Gespräch mit dem Justizministerium sei jedoch

kein Wille gezeigt worden, ai-Vorschläge umzusetzen. Der Minister für „Bürgerschutz“ hatte ein Treffen verweigert. Insbesondere prangert ai die herrschende Straflosigkeit an. Die Opfer haben keine Chance auf Entschädigung oder Wiedergutmachung.

Freiheit für Símós Seisídis!

Am 3. Mai 2010 wird der langjährige anarchistische Aktivist Símós Seisídis auf der Flucht vor der Polizei von hinten angeschossen und bei der anschließenden Verhaftung schwer misshandelt (GWR, Nr.?). Seit Januar 2006 hatten Seisídis, sein Bruder Mario und

Grigóris Tsirónis nach einem missglückten Banküberfall von Giánnis Dimitrákis in der Illegalität gelebt, da sie aufgrund ihrer persönlichen und politischen Freundschaft mit Dimitrákis der Mittäterschaft beschuldigt wurden. Ab diesem Zeitpunkt werden sie mit allen Mitteln staatlicher Antiterrorpolitik gejagt. Banküberfälle, Waffendiebstähle und Verbindungen zu kriminellen Banden werden ihnen ebenso zur Last gelegt wie die Rädelsführerschaft in terroristischen Gruppen und der Aufbau eines „revolutionären Solidaritätsfonds“. Höhepunkt ist die Aussetzung von 600.000 Euro Kopfgeld auf die Flüchtigen durch den sozialdemokratischen Hardliner und damaligen „Bürgerschutzminister“ Michális Chrysochoídis 2009. Die Schussverletzung, die Misshandlungen, die über Stunden verzögerte Einlieferung ins Krankenhaus sowie die ständige Anwesenheit von Polizeibeamten im Krankenzimmer und sogar während der Operationen verhindern Seisídis Genesung. Nach mehreren Wochen hat sich seine gesundheitliche Situation derart verschlechtert, dass sein Leben nur durch die Amputation des angeschossenen Fußes gerettet werden konnte. Im letzten von insgesamt drei Verfahren wurde Seisídis Ende Mai letztendlich von allen Anklagepunkten (außer Waffenbesitz) einstimmig freigesprochen. (Rädelsführerschaft bei Krawallen im Jahr 2000, Teilnahme an sieben Banküberfällen der „Räuber in schwarz“, Mordversuch an dem Beamten, vor dem er flüchtete und der ihm von hinten in die Ferse schoss, Waffendiebstahl). Nach vier Jahren Hetzjagd in der Illegalität, zwei Jahren Knast, Polizeifolter, Misshandlungen und einem amputierten Fuß befindet sich Símos Seisídis seit 1. Juni wieder in Freiheit.

Arbeitskämpfe

Nach 264 Tagen Streik beschloss die neue Regierung Samarás die kämpferischen Stahlwerker in Aspropírgos niederzuschlagen. Am Morgen des 20.7. stürmten MAT-Einheiten mit Schlagstock- und Tränengaseinsatz das besetzte Stahlwerk. Eine Vollversammlung der Stahlwerker beschloss die „vorübergehende Aussetzung“ des Streiks. Die Arbeiter*innen der Biomichanikí Metallavtikí in Thessaloniki kämpfen unterdessen für die Selbstverwaltung ihrer Fabrik. Die Geschäftsleitung des Unternehmens, einer Tochter des Filkeram-Johnson Konzerns, hatte die Fabrik seit Mai 2011 aufgegeben. Die Basisgewerkschaft der Biomichanikí Metallavtikí hatte 40 Arbeiter*innen mobilisiert, die auch ein Jahr nach der Schließung noch immer die Fabrik bewachen, damit keine Maschinen und Werkzeug durch die Firmenleitung gestohlen werden. Da diese darauf beharrt, den Betrieb zu schließen, machte die

Gewerkschaft den Vorschlag, die Fabrik unter Kontrolle der Arbeiter*innen zu stellen. Dem Vorschlag stimmte die Vollversammlung mit 98 Prozent zu. Als Startkapital schlagen die Arbeiter*innen vor, dass ihnen das Arbeitsamt (OAED) das zustehende Arbeitslosengeld vorschießt. Ein möglicher Sieg würde ein Präzedenzfall und Beispiel für alle anderen Kämpfe im Land darstellen.

Die griechische Statistikbehörde (Elstat) veröffentlicht inzwischen die neuen Arbeitslosenzahlen. Demnach beläuft sich die Arbeitslosigkeit auf 23,1 Prozent, bei jungen Männern und Frauen bis 24 Jahren seien es sogar 54 Prozent. Auf indymedia athens wird darauf hingewiesen, dass Elstat die Zahlen frisiert, da schon 1 Stunde Arbeit im Monat ausreiche, um nicht als arbeitslos zu gelten. Inoffiziell belaufe sich die Arbeitslosigkeit auf mindestens 33 Prozent. Nur vier von zehn unter 24-jährigen ohne Arbeit bekomme Arbeitslosengeld.

Drittes Festival der direkten Demokratie vom 5. – 7. Sept. in Thessaloníki. Themen: Arbeiterselbstverwaltung, Vergesellschaftung der Wasserwerke Thessalonikis, M31-Netzwerk, Nein zum Goldabbau auf Chalkidikí, u.a.

8. Sept. Großdemonstration gegen die Eröffnungsrede von A. Samarás auf der Internationalen Messe Thessalonikis.

Infogruppe Bankrott (Hg.)

Occupy Anarchy!

Libertäre Interventionen in eine neue Bewegung

Demnächst bei **edition assemblage**

Reihe Systemfehler Bd. 3
farbig · TB · 110x180 mm · 152 Seiten
ISBN 978-3-942885-26-3 · ca. 9,80 Euro
www.edition-assemblage.de





Massaker in Südafrika

*44 streikende Minenarbeiter*innen durch Polizei getötet*

★ w.m.

In den südafrikanischen Platinminen um Marikana ist am 16. August ein heftiger, wilder Streik der Association of Mineworkers and Construction Union (AMCU) eskaliert. Bei Auseinandersetzungen um eine demonstrative Besetzung eröffnete die Polizei das Feuer auf die Streikenden und ihre Unterstützer*innen. Nach aktuellen Angaben kamen dabei mindestens 44 Streikende ums Leben, 78 wurden verletzt. Schon einige Tage zuvor waren bei Auseinandersetzungen mit Streikbrecher*innen 9 Menschen ums Leben gekommen.

Seit dem 10. August sind rund 3.000 Arbeiter*innen in der Mine des weltweit drittgrößten Platinförderers Lonmin bei Marikana im Streik. Die Streikenden um die Gewerkschaft AMCU fordert eine Lohnerhöhung um ca. 200 % auf umgerechnet 1.200 Euro für die Bohrleute. Begründet wird dies u. a. mit dem besonders hohem Sicherheitsrisiko. Die AMCU ist eine kleine, radikale Gewerkschaft die sich von der größeren und regierungsnahen NUM abgespalten hat. Die NUM sprach sich entschieden gegen den Streik aus, was zu heftigen Spannungen in den Minen führte. Anfang der Woche eskalierte die Situation zum ersten mal, bei Auseinandersetzungen kamen 9 Menschen (ein Streikbrecher, zwei Wachleute, zwei Polizist*innen und vier Streikende) ums Leben.

Am Donnerstag hatten sich die streikenden Bergleute auf einem nahe gelegenen Hügel versammelt. Sie waren nach Angaben mehrerer Tageszeitungen mit Speeren, Macheten und vereinzelt mit Schusswaffen ausgerüstet. Die Polizei versuchte die Versammlung mit Tränengas, Wasserwerfern und Gummigeschossen aufzulösen. Als diese Versuche scheiterten, begann sie den Hügel mit Stacheldraht zu umspannen. Zum weiteren Verlauf gibt es unterschiedliche Aussagen. Entweder haben vereinzelt Streikende versucht die Umzäunung durch Machetenangriffe zu verhindern oder die Polizei eröffnete von sich aus das Feuer mit Maschinengewehren. Auf einem Video der Nachrichtenagentur Reuters ist zu sehen, wie die Polizei auf eine herannahende Gruppe, statt zu flüchten, das Sperrfeuer eröffnet und erst 10 Sekunden, nachdem auch das



Arbeitskämpfe auf Südafrikanisch

letzte Opfer am Boden lag das MP-Feuer einstellte.

Die regierungsnahen Gewerkschaften und der Polizeipräsident rechtfertigten das Vorgehen der Polizei wie zu erwarten als legitime Notwehr. Eine Stellungnahme der streikenden Gewerkschaft ist in den europäischen Medien bis jetzt nicht bekannt. In der deutschen Presse wird das Vorgehen nicht als ein verzweifelter Arbeitskampf dargestellt. Vermittelt wird eher eine Art Bandenkrieg zwischen den Gewerkschaften NUM und AMCU. Diese Behauptung verwundert, gab es doch am Tag des Massakers keine größeren Aktionen der NUM. Die AMCU erklärte, die Besetzung sei eine Reaktion auf die ausgeschlagenen Verhandlungen und Entlassungsdrohungen gegen alle Streikenden von Seiten der Unternehmensführung Lonmins.

Die Minenarbeiter*innen bekommen zur Zeit umgerechnet 400-500 Euro, ihre Unterkünfte, Bildung und soziale Sicherheit sind miserabel. Die Lohnerhöhungen der letzten Jahre lagen zumeist noch unterhalb der Inflationsrate. Hinzu kommt, das zwischen 1984 und 2005 nach offiziellen Zahlen in Südafrika jedes Jahr im Schnitt 530 Bergleute bei ihrer Arbeit sterben.

Massive Gewalt gegen oder gar die Ermordung von radikalen Arbeiter*innen ist auch außerhalb Afrikas immer noch keine Seltenheit. Erinnerung sei hier an die massive Polizeigewalt gegen die im unbefristet im Streik stehenden Bergarbeiter*innen in Spanien oder die 16 Ermordeten bei einer Streikdemonstration in Kasachstan im letzten Winter.



1° Feria De La Cultura Libertaria in Santiago de los Caballeros

★ von Yves Drube (Santiago de los Caballeros, Dom. Rep.)

Es geht auch anders! Als erste libertäre Kultur-Messe ging die anarchistische Bewegung in Santiago de los Caballeros am 11. und 12. August wieder einmal in die dominikanische Geschichte ein. Mit Live-Musik, Gemälde- und Foto-Exposition, einer Gratis-Messe, vegetarischen Ständen, an denen man sich laben konnte, Straßentheater, Info- und Bücherständen, Kunstarbeiten, Malecken für Kinder und vielen anderen Aktivitäten wurde ein alternatives Programm für Jung und Alt unter dem A im Kreis geboten. Selbst aus anderen Städten reisten Menschen zu diesem Event an.

Neben der gesellschaftlichen Hingabe stand vor allem die Aufklärung über die freiheitliche Philosophie im Vordergrund. Ist doch das Wort „Anarchie“ noch immer ein Negativwort in der Bevölkerung, unter dem man sich Chaos und bombenlegende Terrorist*innen vorstellt. Zwei Tage libertäre Kulturmesse, hat dabei geholfen Denkartöße zu geben. Das Interesse bei den Passant*innen war nicht gering.



Fazit: Kropotkin, Bakunin, Rocker, Stirner und viele andere haben nun endlich einen Weg in die Karibik gefunden und wieder mal ein Arsch voll Schulden. Zweite libertäre Messe – wir sind wieder dabei!

40 Jahre **graswurzel**
revolution

MONATSSZEITUNG FÜR EINE GEWALTFREIE,
HERRSCHAFTSLOSE GESELLSCHAFT

7. BIS 9. SEPTEMBER 2012

**FEST UND KONFERENZ
IN MÜNSTER**

ORT: T32, BRÜCKEN 42, FR. IM DIA BIS 18 UHR
KONZERT: BOSTÄBE, WORKSHOPS, AUSSTELLUNG...

INFOS: www.graswurzel.net

Für eine anarchistische Perspektive!

Gründung der Anarchistischen Gruppe Köln

★ Anarchistische Gruppe (AG) Köln

Die AG Köln ist Mitte August 2012 aus dem Umfeld der Anarchistisch-Syndikalistischen Jugend Köln hervorgegangen. Der Gruppenname „AG“ bedeutet allerdings keinen Bruch mit dem Anarchosyndikalismus oder der Anarchistisch Syndikalistischen Jugend, sondern soll lediglich symbolisieren, dass wir uns also explizit anarchistisch verstehen und gleichzeitig offen sein wollen für viele Strömungen der anarchistischen Bewegung sowie der radikalen Linken.

Außerdem wollen wir keine Menschen aufgrund ihres Alters ausschließen an unserer (anti-)politischen Praxis teilzuhaben. Nach wie vor sind wir im Netzwerk der ASJ-Gruppen gefördert. Einen Beitritt in das FdA/IFA (Forum deutschsprachiger Anarchist*innen/Internationale der Anarchistischen Föderationen) streben wir an.

Alles Aktuelle zu unseren Aktivitäten findet ihr nun auf unserem neuen Blog: agkoeln.blogspot.de

Außerdem erfahrt ihr dort aktuelle libertäre Termine aus der Region Köln und wie ihr uns kontaktieren könnt, wenn ihr Lust habt an der Anarchistischen Gruppe Köln mitzuwirken oder euch zu vernetzen!

Eine gute Gelegenheit dazu bietet unser erster Schwarze Tresen, der ab dem 12.09. im Autonomen Zentrum Köln-Kalk regelmäßig jeden 2. Mittwoch im Monat stattfindet. Diese Kneipe soll möglichst drogenfrei und mit anarchistischen Themen gestaltet werden. Ein Text zu dem Drogenthema haben wir auf unserem

Blog veröffentlicht, werden ihn aber zusätzlich jedes Mal auslegen.

Alles Weitere sowie unser Selbstverständnis findet ihr auf unsere Homepage.

Für eine Anarchistische Perspektive!



Kontaktmöglichkeiten

- Homepage: agkoeln.blogspot.de
- Mail: agkoeln@riseup.net
- Postfach:
c/o Anarchistische Gruppe Köln
Liebigstraße 25
50823 Köln
- jeden 2. Mittwoch im Monat
„Schwarzer Tresen“ im AZ Köln
ab 20 Uhr

ORGANIZE!





Die Graswurzelrevolution wird 40!

★ Redaktion Gai Dao

Die Graswurzelrevolution, die älteste – und wohl die einflussreichste - libertäre Zeitung Deutschlands wird 40 Jahre und lädt aus diesem Anlass vom 7. bis zum 9. September zum Feiern und Diskutieren nach Münster ein.

Seit 1972 bemüht sich die GWR „Theorie und Praxis der gewaltfreien Revolution zu verbreitern und weiterzuentwickeln“, wie es in ihrem Selbstverständnis heißt. Das Ziel war es, die Verbindung zwischen Anarchismus und Gewaltfreiheit aufzuzeigen und dafür zu sorgen, dass „die pazifistische Bewegung libertär sozialistisch und die linkssozialistische Bewegung in ihren Kampfformen gewaltfrei“ werde, - so heißt es an anderer Stelle. Seit 40 Jahren schon arbeitet ein loser Herausgeber*innenkreis an dieser Aufgabe und nun wird in Münster das Jubiläum begangen. Ein willkommener Anlass, über das Getane und das noch Bevorstehende zu reflektieren.

Den Auftakt zum Fest geben ab dem 3. September Ausstellungen der beiden Comiczeichner Findus und Andi Wollf, die das Aussehen der Zeitung maßgeblich prägen, im Foyer der ESG und im Café Weltbühne. Am Wochenende wartet auf Freund*Innen der GWR und Interessenten ein nicht minder unterhaltsames und vielfältiges Programm. Von Konzerten und Kletterworkshops bis zu unterschiedlichsten Vorträgen und Diskussionen. Um zur einige Beispiele zu nennen: über das Verhältnis zwischen Anarchismus und Christentum; über Queer-Politics und Feminismus; über die Geschichte und den aktuellen Zustand der libertären deutschsprachigen Presse; über die verschiedensten Aspekte des gewaltfreien Kampfes für eine herrschaftsfreie Welt; über Friedensbewegung, Pazifismus und Antimilitarismus; über das Verhältnis der sozialen Bewegungen zum Staat. Auch die so genannten „arabischen Aufstände“ werden ein Thema auf der Konferenz sein, der ägyptische Blogger und Kriegsdienstverweigerer Maikel Nabil Sanad wird aktuelle Entwicklungen in Ägypten schildern.

Natürlich wird es eine Schlafplatzbörse und eine Volküche geben, Kinderbetreuung wird organisiert. Wie

uns der Koordinations-Redakteur der GWR Bernd Drücke erklärte, es werden zwischen 200 und 300 Besucher*Innen erwartet. Die Intention des Festes sei „die sofortige Realisierung einer gewaltfreien, herrschaftslosen Gesellschaft“. Wenn aber auf dem Weg dorthin ein schönes, generationsübergreifendes Fest, auf dem sich viele alte und neue Bekannte treffen, ist es laut Bernd auch OK.

Das Fest und die Konferenz finden in der ESG, Breul 43 in Münster statt.

Eintrittspreise:

15 Euro (sozial), 25 Euro (normal),
30 Euro oder mehr (Soli-Jubiläumspreis).
Einzelveranstaltungen: 3 Euro
Konzerte: je 5 Euro.

Das aktuelle Programm findet ihr hier:

<http://www.graswurzel.net/news/40jahre.shtml>

40 Jahre **graswurzel revolution** SEIT 1972
MONATSZEITUNG FÜR EINE GEWALTFREIE, HERRSCHAFTSLOSE GESELLSCHAFT

LAND IN SICHT!

...ALS SCHIFFLEUTE AUF DER ENTDECKUNGSREISE NACH NEUEN WEGEN UND IDEEN!

7. BIS 9. SEPTEMBER 2012
FEST UND KONFERENZ IN MÜNSTER

ORT: ESG, BREUL 43, FR. 10 UHR BIS 10.45 UHR
KONZERTE, VORTÄGE, WORKSHOPS, DISKUSSIONEN...

INFOS: www.graswurzel.net



Anarchistische Anthropologie: Wer hat unsere Macht?

★ Von: Peter Niedersteiner und Falko Zemmrich

Völlig entnervt stürze ich aus der Teeküche, nachdem wir uns in zweistündiger Auseinandersetzung nun doch noch auf eine für alle zufriedenstellende Lösung einigen konnten und mache mich von der Redaktions-sitzung auf den langersehnten Nachhauseweg. Vor der Tram merke ich, dass es ja Montag ist und ich kein Geld habe, um mir ein MVV-Wochenticket zu besorgen. Naja, wird schon gut gehn' diese Woche. Neben mir entdecke ich einen Freund und Mitstudenten, der mir mit den Worten „Des bast scho, nexte Woch bist du hoid dro“ das nötige Fahrgeld in die Hand drückt, mit dem ich völlig legal ins gemütliche Zuhause kutschieren kann. Kaum in der stark bevölkerten WG angekommen, muss ich mir das Geschimpfe des Herrn Mitbewohner anhören, dessen PC mal wieder von einem Virus lahm gelegt wurde. Mit einem hämischen Grinsen im Gesicht starte ich meinen Rechner, den die Open-Source-Gemeinde rund um Linux, Open-Office, Poorman's CMS und wie sie alle heißen, recht passabel und natürlich virenresistent am Laufen hält. Heute soll ich also noch meinen Artikel für die Ethnologik fertig bekommen. Es dauert keine fünf Minuten, da muss ich zum ersten Mal Wikipedia bemühen, um die Lücken meines Wissenschaftsvokabulars zu füllen. Der entnervte Mitbewohner erklärt mir, dass heute wenigstens die dicke, langersehnte Kaffeebestellung eingetroffen ist und die ersten ungeduldigen Freund*innen des schmackhaften Espressos der zapatistischen Kaffeekooperative bereits vorbeigeschaut haben, um sich ihre Portionen abzuholen. Haben alle gezahlt? Wenigstens die meisten, der Rest pumpt, grüßt und dankt mal wieder. Ich meinerseits bedanke mich für die ablenkende Kaffeefee. Mit meinem Lebenselixier in der Hand, bleibe ich gerne noch ein bisschen an der Jungle World hängen, die wieder mal viel Stoff zur Diskussion bietet. Aus einer Art Hassliebe heraus haben wir uns entschlossen, zusammenzulegen und Teilhaber*innen an diesem streitbaren Blatt zu werden, um es vor dem Untergang zu bewahren. Zurück am PC schaffe ich keine zwei Zeilen, da klingelt es an der Tür. Woher kommt ihr? Warschau. Soso, hab' euch ehrlich gesagt vergessen, aber cool, dass ihr da seid. Kaffee? Das lustige Pärchen, das sich auf un-

ser Inserat beim Hospitality-Club angemeldet hat, um bei uns zu nächtigen, bietet also den heutigen Grund, meinen Artikel dann doch erst morgen zu verfassen. Denn selbstverständlich werde ich im Sommer ein Bett in Warschau brauchen können, wenn ich meine Osteuropa-Rundreise per Mitfahrzentrale starte.

In dieser kurzen, überspitzt verfassten Einleitung, in der wir einen vorzeige-idealistischen Studenten konstruiert haben, würden die heutigen Vertreter*innen der anarchischen Anthropologie eine Vielzahl von Beispielen finden, wie sich Menschen durch gegenseitige Hilfe, Kooperation und Selbstorganisation zusammenfinden und auf gleicher Augenhöhe interagieren. Das Feld der anarchischen Anthropologie ist keineswegs neu für die Ethnologie, jedoch gibt es, wie gewohnt, keine einheitliche Definition. Je nach Vertreter*in unterscheiden sich die Forschungsgebiete und -methoden voneinander. Wir wollen nun den Versuch wagen, einen kleinen Einblick zu geben in die Theorie, Methodik und Geschichte der anarchischen Anthropologie. Zuvor wollen wir aber noch eine Definition von Anarchismus anbieten, die Pjotr Alexejewitsch Kropotkin (Пётр Алексеевич Кропоткин), mit dem wir uns auch als erstes beschäftigen werden, verfasst hat und die auch 1910 von der Encyclopædia Britannica verwendet wurde:

„Anarchism: The name given to a principle or theory of life and conduct under which society is conceived without government — harmony in such a society being obtained, not by submission to law, or by obedience to any authority, but by free agreements concluded between the various groups, territorial and professional, freely constituted for the sake of production and consumption, as also for the satisfaction of the infinite variety of needs and aspirations of a civilized being [...]“.

Eine weniger ideologische Definition liefert der Linguist und politische Intellektuelle Noam Chomsky auf die Frage, wie denn sein persönlicher Anarchismus aussähe: „Es ist in meinen Augen vollkommen richtig, in jedem Aspekt des Lebens die jeweiligen autoritären, hierarchischen und herrschaftsbestimmenden Strukturen ausfindig zu machen und klar zu umreißen, und

dann zu fragen, ob sie notwendig sind [...] Das habe ich immer als die Essenz des Anarchismus verstanden“.¹ Kurz gesagt: Hierarchien aufdecken, hinterfragen und wenn möglich: abschaffen.

Pjotr Kropotkin: Gegenseitige Hilfe statt Zahn um Zahn

Der russische Naturwissenschaftler und politische Theoretiker Kropotkin stellt sich mit seinem 1902 erschienenen Buch „Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt“² gegen die damals vorherrschenden Thesen der Sozialdarwinist*innen rund um Herbert Spencer, indem er zu beweisen versuchte, dass die Welt nicht zu einem ewigen Kriegszustand verdammt ist und nur die Stärksten und Fittesten überleben können. Ohne gegenseitige Hilfe, so schreibt der überzeugte Evolutionist Kropotkin, wären viele Arten nie in der Lage gewesen, solch umfassende Populationen zu entwickeln. Seine bildhaften und oftmals vermenschlichenden Beschreibungen, beispielsweise der Nistvereinigungen der Seeschwalben und Rostgänse in Sibirien oder die leidenschaftliche Verteidigung des eigenen Baus durch Ameisensoldaten, untermauert er mit stichhaltigen Belegen dafür, dass sowohl jedes einzelne Tier, die ganze Art und zumeist das gesamte Ökosystem von gegenseitiger Hilfe in der Tierwelt profitieren. Er untersucht vor diesem Hintergrund weiter die „gegenseitige Hilfe bei den Wilden“, die „gegenseitige Hilfe bei den Barbaren“, so z. B. die Gemeindearbeit bei den Kabylen und Buriaten, die „gegenseitige Hilfe in der Stadt des Mittelalters“, so v.

a. die Gildenordnung der freien Städte, die Dorfmark usw. und die gegenseitige Hilfe seiner Zeit, die er in Genossenschaften, Volksaufständen, Arbeiterzusammenschlüssen aber auch in alltäglichen Bräuchen verwirklicht sieht.

Kropotkin entwickelt seine Theorie des Anarchismus, indem er nicht das „vulgärdarwinistische“ Prinzip des Kampfes aller gegen alle, sondern die gegenseitige Hilfe als das entscheidende Prinzip menschlicher Evolution und auf ihm aufbauend die Institutionen, die Solidarität und Zusammenarbeit stiften, ansieht. Trotz der seiner Zeit geschuldeten evolutionistischen Herangehensweise, bleibt es doch sein großer Verdienst, nachgewiesen zu haben, wie wichtig jene Elemente der Kooperation und Hilfe für das erfolgreiche Funktionieren menschlicher Gemeinwesen sind. Sein Ansatz wirkt bis heute sowohl auf Natur- als auch auf Kulturwissenschaftler ein.

Marcel Mauss und sein Einfluss auf die anarchistische Anthropologie

Einige Jahre später entwickelte Marcel Mauss ähnlich revolutionäre Gedanken und provozierte mit seiner Kritik am homo oeconomicus die Intelligenzija seiner Zeit. Mauss selbst ist nicht zu den Vertreter*innen der anarchistischen Anthropologie zu zählen, jedoch beeinflusste er diese mit seinem 1925 erschienenen Werk „Die Gabe“ nachhaltig. Er versuchte Strukturen aufzudecken, die außerhalb von Staatlichkeit und Marktprinzip funktionieren. Dabei konzentriert sich Mauss auf den wirtschaftlichen Bereich. Er legt sein Augenmerk auf das Element der Gegenseitigkeit (Reziprozität) und zeigt, ähnlich wie Bronislaw Kaspar Malinowski, dass menschliches Wirtschaften nicht unbedingt und nicht überall auf ökonomischen Profit ausgerichtet ist. Im Gegenteil gibt es „Gabenökonomien“, in denen solches Profitstreben abgelehnt wird.

Pierre Clastres: Gesellschaftliche Institutionen gegen Hierarchie

In den 1970er Jahren machte Pierre Clastres Furore mit seinen provokanten Thesen gegen ein westlich-staatszentriertes Denken. In seinem 1974 erschienenen Werk „Staatsfeinde“³ untersucht er südamerikanische Gesellschaften dahingehend, inwieweit sich diese organisieren, ohne staatliche Strukturen und „zwangsausübende“ Macht zuzulassen. Bei vielen Gruppen der südamerikanischen Indigenen existiert demnach po-



[1] Chomsky, Noam 2000: Die Politische Ökonomie der Menschenrechte. Politische Essays und Interviews. Grafenau: Trotzdem-Verlag.

[2] Kropotkin, Peter 1993 [engl. Orig. 1902]: Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt. Grafenau: Trotzdem-Verlag.

[3] Clastres, Pierre 1976 [frz. Orig. 1974]: Staatsfeinde: Studien zur politischen Anthropologie. Frankfurt/ M.: Suhrkamp.



litische Macht auch ohne Befehl und Gehorsam. Diese Gesellschaften versuchen zu verhindern, dass Hierarchie und zwangsausübende Gewalt entstehen. Sie verfügen über kulturelle Institutionen, die einer Machtkonzentration vorbeugen und den gemeinschaftlich bestimmten Häuptling aufs Schärfste kontrollieren. Interessant ist auch die Betrachtung des Naturbegriffes bei Pierre Clastres. Für gewisse südamerikanische Gemeinwesen trifft demnach zu, dass diese Zwang und Macht mit den in der Natur herrschenden Gesetzen in direkten Zusammenhang bringen und diese demnach ihre Kultur bedrohen würden. Dies steht im Gegensatz zum Verständnis der westlichen Erober*innen, welche oft die Natur mit der Abwesenheit von Ordnung und Hierarchie gleichsetzten, woraus die evolutionistische Schlussfolgerung abgeleitet wurde, dass sich alle Menschen, wie in der Natur üblich, abschlachten müssten und nur eine hierarchische „Kultur“ das Naturgesetz der Wilden zügeln könne.

Auch wenn man Clastres oft einen gewissen Romantizismus⁴ vorwarf und ihm unterstellte, nur zu sehen, was er sehen wolle und bspw. die Unterdrückung der Frauen und Kindstötungen zu vernachlässigen, haben doch Marcel Mauss, der sich auf den wirtschaftlichen Bereich konzentrierte und Pierre Clastres, der eher den politischen Bereich betrachtete, einen ähnlichen Schritt gemacht, um Strukturen aufzuzeigen, die außerhalb westlich-staatlicher Denkmuster und egalitär funktionieren.

Harold Barclay: Anarchie auf der politischen Ebene egalitärer Gesellschaften

„Aber obwohl von allen Theorien der Anarchismus die größte Sympathie für die Gemeinschaft zeigt, ist er nicht gegen Struktur, Ordnung oder Gesellschaft gerichtet“⁵

Harold Barclay versucht in den beginnenden 1980er Jahren in seinem Werk „Völker ohne Regierung“⁶ Strukturen aufzudecken, die aus dem Raster der Staatlichkeit fallen, die alternative Organisationsformen erklären, die menschliches Zusammenleben in seiner Organisation und Ordnung erfassen können, ohne in staatlichen oder hierarchischen Prinzipien verhaftet zu bleiben. Ausgehend von einem theoretischen Standpunkt, den wir am ehesten der britischen Social Anthropology zuordnen würden, konzentriert sich Barclay

auf die politischen Strukturen einer Gemeinschaft.

Er trennt dabei die Begriffe Anarchismus und Anarchie deutlich voneinander und versteht unter Anarchismus eher eine sozialpolitische Theorie des 19. Jh. und unter Anarchie einen wissenschaftlich analytischen Begriff, der dazu geeignet ist, ebensolche wirklichen Strukturen zu erklären, die der Anarchismus ja gerade schaffen möchte.⁷

Er entwirft demzufolge ein Kontinuum mit den beiden Polen Anarchie undarchie. Auf der einen Seite steht Anarchie für die Abwesenheit des Staates und der Regierung, wohingegen bei derarchie als dem anderen Pol dieses Kontinuums, eindeutig eine Regierung und ein Staat vorhanden sind. Alle Beispiele von Gemeinschaften und Gesellschaften lassen sich nun in einem Graubereich zwischen diesen beiden Polen anordnen, wobei man doch immer eine Tendenz zur einen oder anderen Seite angeben kann.⁸ „Weder Anarchie noch die anarchistische Theorie sind grundsätzlich gegen Organisation, Autorität und Politik oder gegen politische Organisation gerichtet. Sie richten sich vielmehr gegen einige Erscheinungsformen derselben, besonders gegen Gesetz, Regierung und den Staat.“⁹ Barclay möchte also den Blick schärfen für Formen menschlicher Organisation, die sich außerhalb staatlicher Strukturen befinden und bezeichnet diese als egalitär. Freilich mit der weit reichenden Einschränkung, dass für ihn auch Formen der Unterdrückung von Jüngeren und Frauen Teil anarchistischer und egalitärer Gemeinwesen sein können.¹⁰ Anarchie bezeichnet demnach nur ein „[...] Gemeinwesen ohne Herrschaft und Regierung, [...] muß aber nicht unbedingt auch Freiheit bedeuten“¹¹. Soziale Sanktionen wirken also in anarchistischen und auch archischen Gemeinwesen, doch sind diese in ersteren eher diffuser und religiöser Art und werden in zweiteren um die Formen legaler Sanktion erweitert.¹²

Barclay konzentriert sich auf die Erforschung ethnographischer Beispiele und versucht zu ergründen, inwieweit diese anarchische Gemeinwesen darstellen. Er betrachtet dabei vor allem solche Gemeinwesen, die entweder heute gar nicht mehr existieren oder mittlerweile in staatliche Strukturen eingebunden sind. Mit seinem Versuch anarchistische Beispiele zu finden, hat er am meisten Erfolg bei den (historischen) Jäger*innen und Sammler*innen (Inuit, San, Pygmäen, Gemeinschaften in Australien), doch ordnet er auch

[4] Graeber, David 2004: *Fragments of an Anarchist Anthropology*. Chicago: Prickly Paradigm Press. 23. [5] Barclay, Harold 1985 [engl. Orig. 1982]: *Völker ohne Regierung. Eine Anthropologie der Anarchie*. Edition Schwarze Kirschen 6. Berlin: Libertad Verlag. 21. [6] *Ibid.* [7] *Ibid.*: 12. [8] *Ibid.*: 49-52. [9] *Ibid.*: 29. [10] *Ibid.*: 57-8. [11] *Ibid.*: 58. [12] *Ibid.*: 50.



Gartenbauer*innen (Lugbara, Konkomba, Tiv Plateau-Tonga), Hirtenvölker (Nuer) und agrarische Gesellschaften (Imazighen, Santal), aber auch die freie Stadt des Mittelalters¹³ dem anarchischen Typ zu.

Auch wenn die Einteilung teilweise bestritten werden kann, muss man Barclay doch zugute halten, weniger, dass er neue Strukturen entdeckt, die sich außerhalb der Staatlichkeit bewegen, so doch vor allem die übersichtliche und prägnante Darstellung zahlreicher Beispiele der ethnologischen Literatur. Sein Begriff von Anarchie ist dabei sehr analytisch und auf den politischen Bereich, wie auch hauptsächlich auf ethnographische Beispiele beschränkt.

David Graeber: Anarchistische Strukturen aufdecken, untersuchen und wenn möglich: ausbauen

Einer der Köpfe, die ihre Freude an unserer Einleitung zu diesem Text haben würden, ist David Graeber. Derzeit noch außerordentlicher Professor an der Yale University, brachte er mit seinem 2004 von Marshall Sahlins herausgegebenen „Fragments of an Anarchist Anthropology“¹⁴ neuen Schwung in die Diskussion um die Methoden und Theorie der Anthropologie. Für Graeber ist Anarchismus nicht nur schlichte Utopie, sondern existiert bereits seit Menschengedenken. Ähnlich wie seinerzeit Kropotkin, durchforstet er die Gegenwart auf der Suche nach Beispielen von Zusammenschlüssen, deren Basis die Abwesenheit von Hierarchie darstellt. Anders als Barclay interessiert er sich also nicht nur für die politische Ebene, sondern fordert unter anderem die Untersuchung von Wirtschaftssystemen, Literatur oder der Organisation von Freiwilligendiensten nach hierarchielosen Strukturen.

Seiner Ansicht nach nehmen anarchistische Organisationsformen, entgegen der öffentlichen Meinung, in hohem Maße zu, finden jedoch wenig Beachtung oder entgingen dem öffentlichen Bewusstsein, da sie zumeist in einem kleineren und überschaubaren Rahmen auftreten. Seine These erinnert an Peter Lamborn Wilsons (alias Hakim Bey) Ansatz der Temporär Autonomen Zonen (T.A.Z.)¹⁵. Unter einer TAZ versteht Wilson einen kurzzeitigen Freiraum, in dem die gesetzgebende Macht ihren direkten Einfluss eingebüßt hat und somit Platz für eine zügellose, freie Entfaltung geboten ist. Beispiele einer TAZ wären Festivals, spontane Besetzungen oder Umnutzungen von Gebäuden und öffentlichen Flächen, aber auch der Karneval oder die Walpurgisnacht. Solche mit den TAZ vergleichbare Netzwerke sind für Graeber nicht nur eine politische Forderung, sondern im Alltag, in verschiedensten Formen und ungebunden von einem Ort, bereits vielfach existent. Unsere Einleitung soll eine kleine Vorstellung davon geben, wie Netzwerke der gegenseitigen Hilfe unseren Alltag durchziehen, entgegen der wissenschaftlichen Überzeugung, dass in Zukunft Individualisierung und Entfremdung weiter zunehmen.

Werden die Ausgegrenzten der Moderne, wie sie Zygmunt Bauman in seinem Buch „Verworfenes Leben“¹⁶ beschreibt, sich zu wehren wissen? Graeber würde dies wohl teilweise bejahen und die Menschen, die im System der Globalisierung zu den Verlierer*innen gehören, als den Keim der Auflösung unserer bestehenden Ordnung betrachten. Massenmigration, Terrorismus, Aufstände und Widerstand gegen die fragwürdigen Praktiken weltweit agierender Konzerne wären als Beispiele zu nennen. Als „counterpower“ bezeichnet er das Phänomen, dass jede Gesellschaft in sich selbst im Widerspruch lebt und somit ihre eigene Auflösung in sich trägt. Gleichzeitig schafft die counterpower Institutionen, um sich selbst gegen Herrschaft und Macht zu schützen.¹⁷

Diese Idee stammt von Clastres, lässt sich aber in der heutigen Gesellschaft etwas schwieriger nachvollziehen. Genau diese zu erforschen, würde Graeber von einer Anarchistischen Anthropologie einfordern. Dass dieses Prinzip nicht auf unsere Ge-



[13] Vgl. hierzu auch: Kropotkin, Peter 1993 [engl. Orig. 1902]; Luxemburg, Rosa 1975: Einführung in die Nationalökonomie. In: Dies.: Gesammelte Werke. Bd. 5. Ökonomische Schriften. Berlin/DDR: Dietz. 524-778. [14] Graeber, David 2004. [15] Bey, Hakim 1994: TAZ. Die Temporäre Autonome Zone. Berlin: Edition ID-Archiv. [16] Bauman, Zygmunt 2005: Verworfenes Leben. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

[17] Graeber, David 2004: 24.



Anthroposoph und Anarchist: David Graeber

sellschaft zu reduzieren oder nur auf kleine Gruppen anwendbar ist, belegen Beispiele, wie die süd-mexikanische EZLN, das globalisierungskritische Netzwerk Attac oder auch die weiter wachsende Bedeutung von Wikis im Internet. Aber auch die von George W. Bush ernannten „Feinde der Freiheit“ Al Qaida (dt.: Die Basis) haben erkannt, welche Vorteile ein Netzwerk mit Chefideologen, aber ohne Chefetage bietet.

Keine Scheu zeigt Graeber davor, klar Stellung zu beziehen, für die, wie er sie nennt „little guys“.¹⁸ Eine klare politische Theorie fordert er ein, hütet sich aber davor, sich mit anarchistischen Klassikern wie Bakunin oder Proudhon zu identifizieren. Anstelle dieser lässt er durchblicken, dass die *asambleas barreales*, die 2002 nach dem Zusammenbruch der nationalen Wirtschaft in Argentinien gebildet wurden, einen weitaus höheren Anteil Mitbestimmung des Einzelnen in sich trugen, als parlamentarische Demokratien, da sie auf Konsensbeschluss aufgebaut waren.¹⁹

Die Anthropologie sei besonders geeignet für die Offenlegung alternativer Strukturen, da sie die einzige und letzte Wissenschaft ist, die sich mit staatenlosen Gesellschaften beschäftigt und gezeigt hat, dass der Staat nur in einer sehr kurzen Spanne der Menschheitsgeschichte in Erscheinung getreten ist.²⁰ Die feste Überzeugung westlicher Wissenschaften, die nicht nur davon ausgehen, dass der Staat die höchste Form der politischen Organisation darstellt, sondern schlichtweg ein Leben ohne Staat nicht möglich ist, da dies in Mord, Totschlag und Chaos enden müsste, sieht Graeber also als schlichtweg falsch an. Des Weiteren sollte die Ethnologie nicht müde werden, zu betonen, dass der Staat und die Nation eine „imaginary totality

par excellence“²¹ sei, wie sie auch schon Benedict Anderson 1983 beschrieben hat, also eine gemeinschaftliche Vorstellung der Zusammengehörigkeit, die zwar Auswirkungen auf die Realität hat, jedoch selbst nur in den Köpfen der Menschen existiert.²² Von Natur aus gibt es keine Staatsbürgerschaften oder staatlichen Grenzen. Diese Kategorien existieren nur in den menschlichen Köpfen und treten in Symbolen und Ritualen zutage. Erst der feste Glaube an die „Imagined Community“ lässt uns zu der Überzeugung kommen als „Deutsche“ geboren zu sein und dazuzugehören. So stellt sich Graeber – ähnlich wie damals Kropotkin gegen den Sozialdarwinismus – gegen die Staatlichkeit als unumstößliches Dogma.

Obwohl die Menschen im Paläolithikum bessere Zähne gehabt hätten, als der durchschnittliche US-Amerikaner heute, lehnt er jeden Primitivismus ab, da ein Weg „zurück“ schlichtweg nicht nachzuvollziehen sei und wir die reale Welt so annehmen müssten, wie sie ist.²³

Ähnlich wie die Aktionsethnologie, die im folgenden Kapitel noch genauer umrissen wird, sieht Graeber ein weiteres Forschungsgebiet in der Aufdeckung von Hierarchien und deren anschließender Kritik, sowie der Kritik am Staat allgemein und Gegenentwürfe zu diesem. In der Lohnarbeit sieht er beispielsweise eine moderne Form der Sklaverei und schlägt ihre Abschaffung vor. Eine Alternative lässt er durchblicken, vermeidet jedoch sich festzulegen, indem er den im Anarchismus klassischen Vorschlag der gleichmäßigen Aufteilung von Aufgaben zu gleichen Vergütungen andeutet und waghalsige Prognosen zur Übernahme der „dreckigen“ Arbeit durch die Technik voraussetzt.²⁴

David Graeber bietet in seinen „Fragments of an Anarchist Anthropology“ jede Menge Angriffspunkte zur Kritik. Auch wenn er sich durch den Zusatz „Fragments“ zu schützen versucht, ist es schwer verständlich, warum er auf 105 Seiten eine solche Vielzahl von Themen kurz anschnidet, mit denen sich sowohl die Ethnologie als auch der Anarchismus seit Jahrzehnten beschäftigen. Damit wirft er oftmals mehr Fragen auf, als er beantworten kann. Andererseits muss man ihm zugute halten, dass er Ideen bündelt, weiterdenkt und eine klare Gegenposition zu so mancher Überzeugung in Ethnologie und Gesellschaft einnimmt.

Methodik der anarchistischen

[18] *Ibid.*: 98. [19] *Ibid.*: 82. [20] *Ibid.*: 98. [21] *Ibid.*: 65. [22] Anderson, Benedict 1983: *Imagined Communities*. Berlin: Ullstein. [23] Graeber, David 2004: 54. [24] *Ibid.*: 82.

Anthropologie und ihre Verwandtschaft zur Aktionsethnologie

Wie sieht nun die methodische Umsetzung einer Anarchist Anthropology aus? Mit welchen bereits bekannten Herangehensweisen können wir diese vergleichen? Welche ethischen Implikationen beinhaltet solch ein Vorgehen?

Anarchistische Ethnologie ist nach David Graeber besonders geeignet, Strukturen und Alternativen jenseits von Hierarchie und Staatlichkeit aufzuzeigen, nicht nur weil die Ethnologie sich schon traditionellerweise mit nicht-staatlichen Gesellschaften befasste, sondern gerade wegen ihrer Vorgehensweise, die es erlaubt, zu jener verborgenen Symbolik und moralischen und pragmatischen Logik vorzudringen, die die Handlungen eben dieser Menschen prägen. Indem Ethnolog*innen durch Zuschauen und Mitmachen Alternativen zur hierarchischen Sozialstruktur des Staates aufdecken, erfahren sie Möglichkeiten, Beiträge und Beispiele für menschliches Miteinander, die sie sonst nicht erkennen würden. Indem sie solche Alternativen formulieren, können sie diese auch für das eigene Handeln nutzbar machen, um einer gerechteren und freieren Gesellschaft den Weg bereiten zu können.²⁵

Uns erinnert der Aktivismus der anarchistischen Anthropologie stark an die Grundannahmen der Aktionsethnologie. Die Aktionsethnologie oder Action Anthropology war eine ethnologische Forschungsrichtung, die ihren Ausgang im 1948-58 durchgeführten Fox Projekt von Sol Tax fand. Auch wenn dieses Projekt scheiterte, so entstanden doch theoretische und praktische Erkenntnisse die zahlreiche Feldforschungen danach prägten. Laut Sol Tax haben Aktionsethnolog*innen einerseits den Anspruch, einer Gruppe, bei der man forscht zu helfen, also sich bewusst für sie einzusetzen und andererseits neues Wissen im Handeln, in der Praxis mit den Menschen zu erlangen.²⁶ In dem der Aktionsethnologe seine „eigenen“ Machtverhältnisse hinterfragt (studying up) und im Dialog mit den Menschen arbeitet, ist der Forschungsprozess offen genug um auch Strukturen zu entdecken, die jenseits der eigenen gewohnten Vorstellungen liegen.

Viele Gemeinwesen, die anarchistisch organisiert sind, stehen im offenen Widerspruch und Widerstand zu einem Staat innerhalb dessen sie funktionieren. Der Staat ist i.d.R. ein System, das auf Ausbeutung

und Klassenteilung beruht. Ob der Staat dabei aus einer Klassenstruktur hervorgeht, wie es orthodoxe Marxist*innen behaupten würden oder ob die Klassenstruktur eher aus einer Vormacht und zwangsausübenden Macht einzelner Personen entsteht, wie dies Pierre Clastres mancherorts vorsichtig behauptet, bleibt umstritten.²⁷ Eher ist wohl wahrscheinlich, dass sich beide Aspekte nicht voneinander trennen lassen.²⁸

Unserem Erachten nach kann eine anarchistische Anthropologie in Zeiten des Ausbaus des staatlichen Machtmonopols, fortschreitender Entmündigung und stärkerer Beschneidung der Freiheit des Individuums im Namen der gesellschaftlichen Sicherheit, ihren wertvollen Beitrag für die Gemeinschaft leisten. Als Mittel zur Offenlegung und Kritik an Machtkonzentration und -missbrauch dient sie dabei sicherlich genauso gut, wie der Erarbeitung von Alternativen.

Gekürzte russische Version (Анархистская антропология: У кого наша власть?) unter www.avtonom.org/old/index.php?nid=2283



[25] Ibid.: 11-2. [26] Amborn, Hermann 1993: *Handlungsfähiger Diskurs: Reflexionen zur Aktionsethnologie*. In: Schmied-Kowarzik, Wolfdietch; Stagl, Justin (Hg.): *Grundfragen der Ethnologie. Beiträge zur gegenwärtigen Theorie-Diskussion*. Berlin: Reimer. 129-50.; Seithel, Friderike 1990: *Action Anthropology*. In: Gehling, Andreas (Hg.): *Ethnoreader 1. Jahreshäfte für transdisziplinäre Ethnologie*. Emsdetten: Verlag Andreas Gehling. S. 47-77. [27] Clastres, Pierre 1977: *Über die Entstehung von Herrschaft. Ein Interview*. In: *Unter dem Pflaster liegt der Strand*. Bd. 4. Berlin: Karin Kramer Verlag. 102-41. [28] Vgl.: Godelier, Maurice 1987 [frz. Orig. 1982]: *Die Produktion der großen Männer*.



WikiLeaks - der Staat verfolgt seine Idealist*innen

★ *Junge Linke – gegen Kapital und Nation*

1. Die Grundannahme des WikiLeaks-Projektes ist es, dass die Veröffentlichung von Regierungs- und Firmenheimnissen eine Kritik dieser Institutionen bedeutet. Das Projekt und sein Manifest – geschrieben von Julian Assange, bevor WikiLeaks berühmt wurde – beschäftigt sich mit der Bekämpfung von Verschwörungen, geheimen Gesetzesvorhaben, versteckt vor den Augen der neugierigen Öffentlichkeit. WikiLeaks entdeckt diese verborgenen Pläne bei autoritären Regimen, und – tendenziell – auch in manchen demokratischen Regierungen.¹ Gegen diese Tendenzen führt WikiLeaks keine Argumente oder eine eigene politische Position an, da das Projekt annimmt, die Veröffentlichung von Geheimnissen derer, die an der Macht sind, würde schon reichen, um die unterdrückten Massen aufzubringen: „Autoritäre Regime erzeugen oppositionelle Kräfte, indem sie gegen den individuellen und kollektiven Wunsch nach Freiheit, Wahrheit und Selbstverwirklichung vorgehen. Pläne, die autoritäre Herrschaft unterstützen, verursachen Widerstand. Daher werden dieser Pläne von erfolgreichen autoritären Regimen geheimgehalten.“² WikiLeaks will diese Pläne aufdecken, so dass demokratischer Widerstand für Freiheit, Wahrheit und Selbstverwirklichung entsteht. WikiLeaks zufolge liegt die Abwesenheit von Aufständen also daran, dass die Leute nicht von den finsternen Plänen ihrer Regierungen wissen.

2. WikiLeaks meint, dass autoritäres Regieren und autoritäre Tendenzen in demokratischen Staaten durch Geheimhaltung charakterisiert sind. Dabei ist es kein Geheimnis, dass das bestimmende Motiv von Unternehmen Profit ist, dass die USA und ihre Verbündeten die Kriege im Irak und Afghanistan für ihre nationalen Interessen führen und die US-amerikanische Regierung WikiLeaks als Staatsfeind betrachtet. Diese Tatsachen

sind keine unterdrückten Informationen, sondern werden öffentlich erklärt und diskutiert. Das Hosni Mubarak Ägypten 30 Jahre lang mit Notstandsgesetzen regiert hat, dass seine Polizei die Opposition gefoltert und unterdrückt hat, dass die USA das Ganze wegen ihrer Interessen in der Region unterstützt hat, dass die EU ein Freihandelsabkommen mit dem ägyptischen Regime ausgehandelt hatte und Gaddafis Libyen wegen seiner Zusage, Flüchtlinge von der eigenen Grenze fernzuhalten, schätzte: All das ist allbekannt. Es gibt auch Aktionen und Strategien autoritärer und demokratischer Regierungen, die geheim sind, wie zum Beispiel außergesetzliche Tötungen, Folter, Spionage, illegale Auslieferungen und bestimmte Absprachen mit anderen Staaten oder Unternehmen. Aber das bedeutet nicht, dass die Herrschaft dieser Regierungen vor allem durch das Unwissen ihrer Bürger bestimmt ist. Im Gegenteil, ein Regime, das seine Gegner foltert, will sie das wissen lassen, damit sie vor ihren Plänen ablassen.

3. WikiLeaks behauptet, dass Transparenz zu einer guten Herrschaft und zu einem besseren Leben der Bürger führe. Wenn aber eine Regierung ehrlich erklärt, dass die aktuelle Schuldenkrise einen größeren Einschnitt im Sozialbereich erfordere, dann ist das transparent. Wenn die US-Regierung WikiLeaks öffentlich die Feindschaft erklärt, dann ist das transparent; wenn das Gesetz einen darüber informiert, dass die eigenen Bedürfnisse nur dann zählen, wenn man entsprechend Geld hat, dann ist das transparent; wenn ein Staat seine Bevölkerung mobilisiert, um die mobilisierte Bevölkerung eines anderen Staates militärisch zu besiegen, dann ist das transparent. Transparenz selber verhindert keinen Schaden: Im Gegenteil wird das meiste Elend in aller Öffentlichkeit produziert.³

4. In dem es „erfolgreichen autoritären Mächten“ unterstellt, den eigenen Charakter aus Angst vor Widerstand

[1] „Today, with authoritarian governments in power in much of the world, increasing authoritarian tendencies in democratic governments, and increasing amounts of power vested in unaccountable corporations, the need for openness and transparency is greater than ever.“ <http://213.251.145.96/About.html> [2] „Authoritarian regimes give rise to forces which oppose them by pushing against the individual and collective will to freedom, truth and self realization. Plans which assist authoritarian rule, once discovered, induce resistance. Hence these plans are concealed by successful authoritarian powers.“ WikiLeaks-Manifest, <http://www.thecommentfactory.com/exclusive-the-wikileaks-manifesto-by-julian-assange-3342/> [3] WikiLeaks behauptet einen Widerspruch zwischen dem Sammeln von Informationen und ihrer Veröffentlichung: „By definition, intelligence agencies want to hoard information. By contrast, WikiLeaks has shown that it wants to do just the opposite.“ Dabei veröffentlichen Geheimdienste Informationen, wenn es zu ihrer Agenda passt. Sie benutzen Informationen, um konkurrierende Staaten und ihre Regierungen zu erpressen oder zu blamieren. Es ist nicht der Demokratieidealismus von WikiLeaks, der China dazu gebracht hat, es als Kandidat für den Nobelpreis vorzuschlagen; China hat WikiLeaks vorgeschlagen, weil es die USA beschämt und um die Funktion des Nobelpreises als Einmischungstitel der USA und seiner Alliierten gegen seine Konkurrenten aufzuzeigen.



zu verschleiern, ignoriert WikiLeaks die Zwecke der Herrschaft. Bevor man fragt, wie etwas erreicht wird, muss man sich Fragen, was den da erreicht werden soll. Sowohl autoritäre als auch demokratische Staaten wollen ja viel mehr als sich nur zu erhalten. Da eine starke Wirtschaft – besonders im Kapitalismus – die Grundlage der Macht eines Staates ist, ist die Bevölkerung nicht einfach störende Menschenmasse, sondern nützliches Material.⁴ Staaten betreiben einen großen Aufwand, um ihre Wirtschaft zu fördern, vergleichen neidisch das eigene Bruttoinlandsprodukt – die wirtschaftliche Gesamtaktivität – mit dem anderer Staaten und beobachten ganz genau die Wechselkurse und Aktienindizes: Sie vergleichen den wirtschaftlichen Erfolg ihrer Bevölkerungen, weil dieser die Basis ihrer Macht ist. Aber der Beitrag der Bevölkerung zur Stärke ihres Staates erschöpft sich nicht in der wirtschaftlichen Aktivität. Der Staat will, dass die Bevölkerung ihn schätzt und seine Maßnahmen unterstützt. Wenn er es für nötig hält, verlangt der Staat von seiner Bevölkerung sogar in den Krieg zu ziehen. Diese Zwecke können nicht heimlich erreicht werden, sie brauchen eine Öffentlichkeit.

5. WikiLeaks' praktische Kritik an Regierungen in aller Welt ist getrieben von einer Zustimmung zur Institution der Regierung als solcher. WikiLeaks will einen Widerstand initiieren, der darauf abzielt, Regierungsverhalten zu ändern⁵, nicht Regime zu beenden. Die Überlegung, ob Herrschaft überhaupt nötig ist und warum, kommt in den Aktionen und Veröffentlichungen von WikiLeaks nicht zum Ausdruck. Die Ansicht, WikiLeaks sei anarchistisch, sei grundsätzlich gegen Regierungen und Unternehmen, ist falsch. Im Gegenteil, der Aktivismus von WikiLeaks basiert auf dem Gedanken, dass der demokratische Nationalstaat vor allem zu verteidigen sei und nicht Ziel grundlegender Kritik.

6. WikiLeaks tritt für die ungekürzte und unkommentierte Veröffentlichung geheimer Informationen ein, da die Information selber Widerstand entzünden sollen. Es hängt aber nicht von Information – Fakten – als solcher ab, ob Leute einer bestimmten Politik widersprechen, sondern davon, wie sie diese Fakten interpretieren. Das Abschlagen von irakischen Zivilist*innen durch US-amerikanische Truppen ist für die Kriegsgegner*innen ein weiterer Grund, den Krieg zu beenden. Andere nehmen diese Nachricht vielleicht als Bestätigung dafür,

das Krieg hässliche Seiten habe, dieser aber nötig sei, dass die Aufständischen die Schuld hätten, da sie sich hinter Zivilist*innen versteckten, dass die Getöteten sich nicht in einer Kriegszone hätten bewegen sollen oder dass diese „Untermenschen“ es nicht besser verdient hätten. Fakten dienen nur als Material für Urteile, sie geben das Urteil nicht vor. Das ist besonders dann der Fall, wenn die Informationen, die durch WikiLeaks die Öffentlichkeit erreicht haben, sowieso nur bestätigen, was jeder schon wusste. Wofür vorher unbekannte Fakten als Einziges dienen können, ist, notwendige Voraussetzungen für neue Urteile zu schaffen, die ohne sie unmöglich zu treffen wären.

7. WikiLeaks' Ideal des Staates folgt den Prinzipien des demokratisch verfassten Nationalstaates. Ein moderner Nationalstaat präsentiert sich als Dienst an seinen Bürger*innen und als Ausdruck ihres Willens. Er garantiert seinen Untertan*innen Rechte und Freiheiten, fordert sie auf, seine Agent*innen zu wählen, schafft grundlegende Infrastruktur für die wirtschaftliche Betätigung und bietet ein wenig soziale Sicherheit. Dass der Nationalstaat die Bedingungen schafft, die seine Bürger*innen zwingen, sich auf ihn zu verlassen, ändert an diesem Verhältnis nichts. WikiLeaks stimmt diesen Prinzipien zu: „Bessere Kontrolle führt zu weniger Korruption und stärkerer Demokratie in allen gesellschaftlichen Institutionen, einschließlich Regierung, Unternehmen und anderer Organisationen.“⁶ Sich darauf zu beschränken, Korruption in Regierungen und Unternehmen zu bekämpfen, bedeutet, dass es nicht die Prinzipien dieser Organisationen sind, die für das beobachtete Elend verantwortlich gemacht werden, sondern Abweichung von diesen Prinzipien.⁷ WikiLeaks' Kampf gegen Korruption bedeutet also ein prinzipielles Einverständnis mit diesen Institutionen, wenn sie erst einmal frei von Korruption sind. Wenn WikiLeaks mit dem US-amerikanischen Obersten Gerichtshof darin übereinstimmt, „effektiv Betrug im Staatsapparat aufzudecken“⁸, dann ist das kein rhetorischer Trick – beide wollen effektive Institutionen, und zwar die Institutionen des gegenwärtigen Systems. Sowohl WikiLeaks als auch die Verfassung der USA teilen das Ideal eines demokratischen, kapitalistischen Nationalstaates, der das pursuit of happiness seiner Bürger*innen nicht behindert.

[4] Es gibt tatsächlich Staaten, wo die Bevölkerung tatsächlich nutzlos für den Staat ist, da ihre Ökonomie nur auf dem Export der natürlichen Ressourcen beruht. In solchen Staaten wird der Großteil der Bevölkerung von den Revenuequellen des Staates ferngehalten. Der Sudan ist, neben den meisten Staaten der „dritten Welt“, so einer, der wenig von seiner Bevölkerung erwartet und ihr wenig zu bieten hat, da er am Weltmarkt gegen die erfolgreichen Wirtschaftsmächte wie die USA, die EU und China nicht bestehen kann. [5] „To radically shift regime behavior [...]“ Einleitung, WikiLeaks-Manifest [6] „Better scrutiny leads to reduced corruption and stronger democracies in all society's institutions, including government, corporations and other organisations.“ innen <http://213.251.145.96/About.html> [7] „Similarly, some intelligence services have an obligation to go about their activities to the best of their ability and that, sometimes, involve secrecy. But, what is not a right, is for a General or, Hillary Clinton, to say that they want to use the criminal law on every person in the country, to stop talking about embarrassing information, that has been revealed from her institution or from US military. She does not have the right to proclaim what the worry is, that's a matter for the court.“ Julian Assange im Interview mit „Frost over the World“ auf Al Jazeera (21.12.2010). [8] „effectively expos[ing] deception in government“ <http://213.251.145.96/About.html>



8. Ein Kern des Misstrauens, das WikiLeaks den Mächtigen entgegenbringt, ist im demokratisch verfassten Nationalstaat institutionalisiert. Sein institutionelle Aufbau zeigt bereits einen bemerkenswerten Mangel an Vertrauen gegenüber seinen Amtsinhabern, der Aufbau enthält den Verdacht, dass die Staatsagent*innen heimlich (oder offen) ihre Macht missbrauchen könnten. Das Gesetz verlangt regelmäßige Wahlen und sichert so, dass der kollektive Wille der Leute dem der Politiker*innen entspricht.⁹ Manche Länder haben sogar begrenzte Amtszeiten für die höchsten Posten, um zu verhindern, dass sich eine einzelne Person an die Macht klammert. Das Gesetz schreibt eine Trennung zwischen Regierung, Parlament und den Gerichten vor, so dass keine Teilgewalt sich die Macht in anderer als in der vorgeschriebenen Weise aneignen kann. Das Gesetz garantiert Rede- und Versammlungsfreiheit sowie die Freiheit der Presse, und erlaubt so der demokratischen Opposition, ihre Sorgen auszudrücken. Ein amerikanischer Präsident plädiert auch mal dafür, die Rechte von Informant*innen zu stärken, „um Staatsangestellte zu schützen, die Verschwendung, Betrug und Missbrauch von Macht im Staat aufdecken“.¹⁰ Der demokratische Nationalstaat ist ein Rechtsstaat und als solcher gegenüber seinem Personal misstrauisch.

9. Dieses institutionalisierte Misstrauen hat seinen Grund. Erstens sind die Staatsagent*innen Leute, die – wie jeder andere auch – private Interessen haben, ihr Job ist es jedoch, die Ordnung ohne Blick auf private

Einzelinteressen zu wahren. Da die bürgerliche Gesellschaft eine von konkurrierenden Privatsubjekten ist, ist es nicht ohne Risiko, diese anzustellen. Solche Agent*innen können ihre Macht missbrauchen, um ihre eigenen Ziele zu verfolgen, indem sie Bestechungen annehmen oder das Gesetz zugunsten von Freund*innen beugen.¹¹ Es ist diese Art von Amtsmissbrauch gegen die Gesetze und Gewaltenteilung gerichtet sind.

10. Der zweite Grund für das Misstrauen ist, dass die Gewaltenteilung eines demokratischen Staates beim effektiven Regieren stört. Die Begrenzung der Macht einer Regierung ist eine Begrenzung der Möglichkeiten ihre Arbeit zu erledigen. Die Gewaltenteilung ist blind gegenüber dem, was die Regierung erreichen will und kann sie daran hindern, Gesetze durchzubringen, die dem nationalen Interesse dienen. Das ist der Grund, warum Politiker*innen und andere Staatsagent*innen, die Demokratie und Gesetz in großen Ehren halten, immer wieder die Regeln brechen – mit illegalen Abhöraktionen, Auslieferungen usw. Ob diese Überschreitungen als Verletzungen der Prinzipien des demokratischen Staates gewertet werden, kann man vorher nicht sagen. Es hängt immer vom Erfolg der jeweiligen Politik ab. Legale Sanktionen für solches Handeln (sei es zur persönlichen Bereicherung oder um das Beste für die Nation zu erreichen) zu verhindern, ist ein Grund, warum Staatsagent*innen sich entscheiden können, es vor der Öffentlichkeit zu verbergen.

[9] Das geht in beide Richtungen. Die Führung soll sich nicht zu weit von den Leuten entfernen und den Leuten soll klar sein, wo die nationalen Probleme liegen. [10] „strengthen whistleblower laws to protect federal workers who expose waste, fraud, and abuse of authority in government“ http://change.gov/agenda/ethics_agenda/ [11] Um einem Missverständnis vorzubeugen: Wenn bestimmte Gesetze einzelnen Leute mehr bringen als anderen, widerspricht das nicht dem Zweck demokratischer Herrschaft. Wenn ein Gesetz hingegen nur gemacht ist, um eine bestimmte Gruppe zu bevorzugen, ohne das nationale Interesse zu berücksichtigen, tut es das sehr wohl.



11. Die Kampagne der USA gegen WikiLeaks, unterstützt von seinen internationalen Verbündeten und beiden US-amerikanischen Parteien, ist also gegen ein Projekt gerichtet, das den Nationalstaat ganz grundsätzlich wertschätzt. Die USA führen also eine Kampagne gegen Leute, die ihre Prinzipien verehren. Sie sind zu Staatsfeinden erklärt worden, aufgrund von Aktionen, die eigentlich die Prinzipien der beteiligten Staaten verteidigen und realisieren wollen.

12. Es könnte daher wie ein Fehler auf der Seite der US-Regierung oder anderer Regierungen erscheinen WikiLeaks anzugreifen: Beide schätzen dieselben Prinzipien. Es gibt aber einen fundamentalen Unterschied in der Rolle, die diese Prinzipien für beide Seiten spielen. Für WikiLeaks und seine Unterstützer*innen sind demokratische Prinzipien die ersten und grundlegenden Prinzipien des Staates, sie machen den Staat aus. Für den Nationalstaat sind diese Prinzipien hingegen Mittel der Herrschaft. Dass der Nationalstaat den Bürger*innen dient, bedeutet nicht, dass er auf diese Rolle festgelegt ist. Wenn das der Fall wäre, bräuhete es keine Polizei, keine Gerichte und keine Gefängnisse. Dass der Nationalstaat ein Rechtsstaat mit Prinzipien ist, dass er

nicht, – im Gegensatz zur Vorstellung von WikiLeaks – dass sein Ziel das Wohlergehen all seiner Untertanen ist: Gutwillige Herrschaft ist ein Widerspruch.

13. Zweitens bedroht die Veröffentlichung der diplomatischen Depeschen und der militärischen Berichte die USA international. Öffentliche Äußerungen von Staatsagent*innen – besonders in der Sphäre der internationalen Diplomatie – gelten als Ausdruck einer Strategie. Offene Kritik an anderen Staaten oder ihrem Personal dient dem Ziel, diesem Staat seine Grenzen aufzuzeigen oder diese Grenzen zu testen. Die Bekanntgabe der eigenen Kriegsaufwendungen sind eine Nachricht an Freund und Feind. Indem es interne US-Memos veröffentlichte, machte WikiLeaks für die USA Politik, es ließ die US-Regierung Dinge sagen, die sie nicht in der Öffentlichkeit sagen wollte, und schickte damit Nachrichten an Regierungen auf der ganzen Welt. Der Punkt ist hier nicht, ob es sich dabei um sachliche Erklärungen handelte oder nicht. Der Punkt ist, dass die US-Regierung diese Dinge nicht allen Verbündeten und Feind*innen offen sagen wollte; WikiLeaks ließ es die Regierung trotzdem sagen. WikiLeaks brachte die US-Außenpolitik unter Zugzwang, indem es die Depeschen veröffentlichte. Der Nationalstaat interpretierte diese Attacke als prinzipielle Infragestellung seiner Herrschaft – unabhängig davon, was WikiLeaks intendierte.

14. Die Kampagne der USA gegen WikiLeaks ist umstritten. Auf der einen Seite verlangen Politiker Assanges Ermordung und die US-Regierung sucht nach legalen Schlupflöchern, um Assange doch noch anzuklagen. Bradley Manning – der mutmaßliche Informant, der die Depeschen und andere interne US-Dokumente weiterleitete – wird wahrscheinlich lange Zeit weggesperrt bleiben, um an denen ein Exempel zu statuieren, die den Staat bedrohen könnten. Andererseits ist

WikiLeaks noch immer legal in den USA, und kaum angegriffen wurde z. B. die New York Times, die mit WikiLeaks bei der Veröffentlichung zusammenarbeitete.¹² Der Staat will WikiLeaks ausschalten, aber er zögert, um dabei nicht die Pressefreiheit zu demontieren. Der Staat will Bürger*innen wie Julian Assange, aber diese guten Bürger*innen sollen gefälligst den real existierenden Nationalstaat anerkennen, bevor sie nach ihrer idealistischen Vorstellung handeln.



die Zustimmung sein Bürger*innen möchte, dass er die Privatinteressen seiner Bürger*innen produktiv für sich selbst nutzen möchte, bedeutet nicht, dass er nicht herrschen würde und keine Geheimhaltung bräuhete. Interessen, die seiner Herrschaft grundsätzlich entgegenstehen, unterdrückt er schon. Generell zeigt er allen Interessen seiner Bürger*innen Grenzen auf: Man darf sein Interesse verfolgen, aber nur den Gesetzen entsprechend. Anders gesagt, nur weil der Nationalstaat gesetzmäßige Interessen fördert und schützt, heißt das

[12] Die unterschiedliche Behandlung der NYT und WikiLeaks zeigt auch, welches Interesse der Staat an der Presse hat. Als „vierte Gewalt“ des Staates deckt sie Ineffizienz und Korruption auf. Andererseits besteht die NYT darauf, – entgegen aller gegenteiliger Beweise – die Verhörtechniken der US-Armee nicht Folter zu nennen, womit sie ihre Treue zum US-amerikanischen Staat unter Beweis stellt.



Internationale Arbeiter*innen Assoziation (IAA)

★ *Redaktion Gai Dao*

Vorwort der Redaktion: 2012 besteht die IAA seit 90 Jahren. Aus diesem Grund werden wir uns in den nächsten Ausgaben mit der Geschichte und Gegenwart eben dieser IAA beschäftigen. In dieser Ausgabe veröffentlichen wir die Übersetzung eines Selbstdarstellungsflyers der IAA.

Wer wir sind

Die Internationale Arbeiter*innen-Assoziation (IAA) ist eine anarchosyndikalistische Föderation, die im Jahr 1922 gegründet worden ist. Sie will Arbeiter*innen in kämpferischen syndikalistischen Organisationen sammeln, die basisdemokratisch sind, die sich an Arbeitskämpfen beteiligen und die jenseits von Gewerkschaftsbürokrat*innen, Parteien oder dem Staat der sozialen Revolution entgegengehen. Mit dem finalen Ziel einer libertär-kommunistischen Gesellschaft vereint die IAA verschiedene Organisationen mit ähnlichen Ausrichtungen auf der ganzen Welt. Die IAA ist unabhängig von Bossen, Arbeitgeberverbänden, politischen Parteien, staatlichen Institutionen und erhält keinerlei Zuwendungen.

Was wir tun

Die Sektionen der IAA sind in weitreichende Aktivitäten eingebunden, z. B. im Kampf um Solidarität am Arbeitsplatz und Gewerkschaftsorganisation, Ausbildung und Beratung von Arbeiter*innen, Kampagnen für ausgelagerte, temporäre oder saisonale Arbeiter*innen, Organisation von Arbeiter*innen mit Migrationshintergrund, anti-militaristische Kampagnen, internationale Solidaritätskampagnen, kommunale Organisation und die Förderung selbstverwalteter Kooperativen.

Organisations- und Aktionsprinzipien

Zu den definierenden Prinzipien des Anarchosyndikalismus und der IAA gehören:



Direkte Aktion

Die grundlegende Methode der IAA ist die direkte Aktion, was bedeutet, dass die Menschen als Mittel des Kampfes und zur Lösung ihrer eigenen Probleme sich selbst organisieren und Aktionen durchführen. Direkte Aktion meint kollektives Entscheiden und Handeln ohne eine vermittelnde Instanz. Bei einem Arbeitskonflikt beinhalten die gewöhnlichen Formen der direkten Aktion

Streiks, Boykotts, Proteste usw. Die Anwendung direkter Aktionen fördert Selbstorganisation und Initiative, Gleichheit und Solidarität unter den Menschen. Zugleich ist es ein Weg, um sich der Macht der Institutionen zu verweigern, die stets danach trachten, die Rolle der Verantwortlichen zu stärken. Durch direkte Aktionen übernehmen die Arbeiter*innen die Kontrolle über ihre eigenen Kämpfe und entwickeln dabei eine Reihe von Fertigkeiten, die für den Aufbau einer libertär-kommunistischen Gesellschaft hilfreich sein werden.

Föderalismus und direkte Demokratie

Die IAA besteht aus unabhängigen Mitgliedssektionen, die sich an die akzeptierten Prinzipien und Entscheidungen halten. Es gibt ein abberufbares Sekretariat ohne exekutive Befugnisse, das dabei hilft, die Aktivitäten der Internationalen zu koordinieren. Die Entschei-



Anarchosyndikalist*innen der FAU bei einer Demo gegen Sozialabbau

dungsfindung innerhalb der IAA ist föderalistisch. Jede Sektion hat eine Stimme. Die IAA funktioniert auf Basis von direkter Demokratie, rotierenden Pflichten und abberufbaren Delegierten. Die Entscheidungen werden an der Basis durch die Mitglieder getroffen, die wiederum Delegierte mandatieren, damit diese ihre Beschlüsse auf regionaler, konföderaler oder internationaler Ebene gegenüber anderen artikulieren. Die Delegierten dienen alleinig als „Sprecher*innen“ ihrer Mitglieder. Sie interpretieren die Meinung der Gruppe. Wenn sie nicht die abgesprochene Auffassung der Gruppe artikulieren oder ihre Position missbrauchen, können sie jederzeit abberufen werden.

Solidarität und gegenseitige Hilfe

Innerhalb der IAA unterstützen wir Kämpfe am Arbeitsplatz und in den Gemeinschaften. Solidarität und gegenseitige Hilfe reflektieren die Idee gegenseitiger Zusammenarbeit im Gegensatz zu Wettbewerb und Konkurrenz. Heute helfen wir jemandem, morgen hilft der- oder diejenige uns. Ohne Solidarität sind weder kleine Erfolge noch weitreichende soziale Veränderungen vorstellbar.

Internationalismus

Der Kampf für die Befreiung der Arbeiter*innenklasse von Kapitalismus und Staat lässt sich nur international bewerkstelligen. Ideen nationalen Interesses anstelle internationaler Solidarität lehnen wir ab. In der konkreten Praxis unterstützen die Sektionen der IAA die lokalen Kämpfe anderer Sektionen. Das zeigt sich insbesondere bei Kämpfen mit multinationalen Unternehmen oder solchen mit länderübergreifenden Geschäftsinteressen, die wir dann gleichzeitig mit unserem Protest konfrontieren.

Unabhängige Finanzierung

Die IAA wird von den Beiträgen ihrer Mitglieder finanziert. Wir akzeptieren keine Zuwendungen von Unternehmen, politischen Parteien, dem Staat oder seinen Organisationen.

Ablehnung von Kapitalismus und Staat

Die IAA ist unabhängig – finanziell, politisch und organisatorisch – von politischen und geschäftlichen Interessen. Der Kampf gegen den Kapitalismus und gegen den Staat muss in einer Weise ausgefochten werden, die basisdemokratische Strukturen stärkt und es diesen Interessen verbietet, Einfluss darauf zu nehmen. Die IAA ist gegen jede Form der Kollaboration zwischen Arbeiter*innen und Bossen durch Körperschaften wie Betriebsräte und andere staatlich-korporative Modelle. Bei Arbeitskämpfen mögen konkrete materielle Forderungen als kurzfristiges Ziel angestrebt werden, doch das ultimative Ziel der Internationalen ist der Ersatz des Kapitalismus und Staates durch eine gerechtere und selbstverwaltete Gesellschaft.

Ziele

Unser Ziel ist es, die Organisation von unten zu fördern, ohne Führer, mit Entscheidungsfindungsprozessen, die so direkt wie möglich sind. Unser Ziel ist es, diese Praxis auf allen Ebenen der Gesellschaft zu verbreiten, so dass die Menschen in der Lage sind, die Produktion und die Verteilung von Gütern im Sinne gegenseitiger Hilfe und Wohlfahrt selbst zu gestalten. Die Namen dieser organisatorischen Einheiten mögen unterschiedlich sein. Manche sprechen von Kommunen, andere von Kollektiven, wieder andere von selbstverwalteten Betrieben und Gemeinschaften, doch die Idee dahinter ist immer gleich. Die Arbeitsplätze, Gemeinschaften, Regionen, usw. würden in einer Föderation zusammenarbeiten, wobei die verschiedenen Einheiten offene und freie Versammlungen zur Entscheidungsfindung abhalten. Die Beschlüsse werden von mandatierten Delegierten gegenüber anderen vertreten. Diese Repräsentant*innen rotieren und können abberufen werden. Ihre Funktion ist es, die Entscheidungen weiterzureichen oder zu implementieren, ohne dabei über andere zu herrschen oder Entscheidungen zu treffen. Außerdem ist es unser Ziel sicherzustellen, dass die Produkte und Dienstleistungen so gerecht und gleich wie möglich verteilt werden, indem die Ursprünge der Anhäufung von Reichtum, Besitz und Macht, wie Kapitalismus und Staat,



Anarchosyndikalist*innen der CNT-AIT bei einer Aktion gegen die Supermarktkette Mercadona

beseitigt werden. Kapital ist an Profit orientiert, was zu einem systematischen Druck auf die Senkung von Löhnen und Arbeitszeiten führt. Die Rolle des Staates ist es, die kapitalistischen Verhältnisse zu sichern und die Gesellschaft durch seine Institutionen, Gesetze, Gerichte und Repressionsorgane zu verwalten. Wir zielen auf eine Gesellschaft frei von Kapital und Staat. Das Ziel der IAA ist eine Gesellschaft, die an den menschlichen Bedürfnissen und nicht am Profit ausgerichtet ist – eine libertärkommunistische Gesellschaft.

Geschichte

Die IAA wurde im Dezember 1922 in Berlin gegründet. Das markiert einen wichtigen Bruch der radikalen Arbeiterbewegung mit dem Bolschewismus, der Sozialdemokratie und mit anderen Kräften, denn die IAA lehnt zentralisierte Gewerkschaften, Parlamentarismus, Militarismus und Nationalismus ab. Ursprünglich zählten Gewerkschaften aus Deutschland, Argentinien, Chile, Dänemark, Norwegen, Italien, Niederlande, Portugal, Schweden und Frankreich dazu. Ein Jahr später stieß die Gewerkschaft aus Spanien dazu. In den 1920er Jahren beteiligten sich die Sektionen an großen Kämpfen, mussten allerdings auch starke Repressionen durch den Staat hinnehmen. In den 1930ern brach die Revolution in Spanien aus, bei der sich die lokale Sektion der IAA, die CNT, an der Ausbreitung der sozialen Revolution beteiligte sowie ländliche und städtische Kollektive im großen Maßstab organisierte, bis sie gegen die brutale Gewalt der Faschist*innen verlor. Viele Mitglieder der IAA aus anderen Sektionen kämpften solidarisch an der Seite der CNT. Mit der Ausbreitung der faschistischen und totalitären Regime wurden die verschiedenen Sektionen unterdrückt, verboten und viele ihrer Mitglieder umgebracht.

In den 1950ern belebte die IAA sich neu. Die CNT in

Frankreich organisierte die Reaktivierung der Internationalen. Neue Sektionen kamen hinzu und ältere Sektionen reaktivierten sich. In den 60ern und 70ern wurde die FORA in Argentinien wieder aktiv. Der Tod von Franco führte zur Wiederauferstehung der CNT in Spanien. Kurz danach reorganisierte sich die FAU in Deutschland und die NSF in Norwegen. Die USI in Italien, die nie zu existieren aufgehört hatte, wurde wieder aktiv und die britische Sektion der IAA, die sich im Niedergang befand, machte eine Phase des Wandels durch, bevor sie dann als Solidarity Federation neu aufgestellt wurde. In den 90ern trat die AIT-SP aus Portugal bei und ebenso die COB aus Brasilien. Die Regimewechsel in den ehemaligen östlichen Blockstaaten führten zum Aufleben anarchosyndikalistischer Gruppen in diesen Ländern. Neue Sektionen wie die KRAS in Russland, die PA in der Slowakei und die ASI in Serbien traten der IAA bei und als letztes die ZSP in Polen. Zusammen konstituieren sie die Sektionen der IAA. Weitere Informationen finden sich auf den Webseiten der Sektionen oder der Homepage der IAA.

Mitgliedsorganisationen

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung (2012) besteht unsere Internationale aus 13 Sektionen in Europa und Südamerika. Das sind:

- **AIT-SP** (AIT Portugiesische Sektion)
- **ASI** (Anarchosyndikalistische Initiative, Serbien)
- **CNT-AIT** (Nationale Konföderation der ArbeiterInnen, Frankreich)
- **CNT-AIT** (Nationale Konföderation der ArbeiterInnen, Spanien)
- **COB** (Brasilianische ArbeiterInnen Konföderation)
- **FAU** (Freie ArbeiterInnen Union, Deutschland)
- **FORA** (Regionale ArbeiterInnen Föderation von Argentinien)
- **KRAS** (Revolutionäre Konföderation der AnarchosyndikalistInnen, Russland)
- **NSF** (Norwegische Syndikalistische Föderation)
- **USI-AIT** (Italienische Syndikalistische Union)
- **PA** (Direkte Aktion, Slowakei)
- **SF** (Solidarity Federation, Großbritannien)
- **ZSP** (Union der SyndikalistInnen in Polen)

Die IAA pflegt drei offizielle Freundschaften:

- **Amigos de la AIT** (Freunde der IAA, Kolumbien)
- **ASF** (Anarchosyndikalistische Föderation, Australien)
- **Germinal** (Chile)



Aufruf der streikenden Asylbewerber*innen in Deutschland

★ *Organisationskomitee der streikenden Asylbewerber*innen*

Um Freiheit zu erreichen, darf der Mensch nicht in Reih' und Glied stehen, sondern muss die Reihe durchbrechen.

Ihr, all die Asylsuchenden, die unter unmenschlichen Bedingungen in Deutschland leben und zuschauen, wie euer Leben und das eurer Kinder einen langsamen Tod entgegen gehen, ihr, die wie Gefangene in Lagern gehalten werdet, im Angesicht all der diskriminierenden Bedingungen, die euch zu Bürgern zweiter Klasse machen, ihr, die jeden Moment die Abschiebung fürchtet, ihr, die auf der untersten Stufe einer ungerechten Gesellschaft steht und all ihr Gewicht auf euren Schultern trägt, während ihr der grausamen und unmenschlichen Residenzpflicht gehorchen müsst: JETZT ist die Zeit gekommen, gegen all das aufzustehen.

JETZT ist die Zeit aufzustehen, weil wir nicht länger passiv Zeugen des Todes eines von uns sein möchten, denn die unmenschliche Behandlung der Asylbewerber in Deutschland kann jeden von uns in den Tod treiben.

Die Asylbewerber*innenproteste begannen am 19. März 2012 in Würzburg und haben Asylbewerber*innen in vielen anderen Städten dazu inspiriert, ebenfalls aufzustehen. Nun, fünf Monate später, ist die Bewegung, gestärkt durch die Hartnäckigkeit und den Widerstand der Flüchtlinge, bereit, einen nächsten, viel größeren Schritt zu tun.

Wir werden keine Gesetze respektieren, die uns nicht als Menschen respektieren.

Die streikenden Flüchtlinge in ganz Deutschland, die einen starken und koordinierten gemeinsamen Protest begonnen haben, haben beschlossen am 8. September eine neue Aktion zu starten: Ab diesem Tag werden Asylsuchende auf zwei verschiedenen Routen nach Berlin marschieren, um dort der deutschen Regierung zu zeigen, dass auf jede Anwendung des unmenschlichen Abschiebegesetzes eine Reaktion der Bewegung folgen wird. Die Flüchtlinge werden lauter schreien denn je, sie werden ihren Kampf weiterführen, bis die Lager mit ihren katastrophalen Bedingungen geschlossen werden. Mit der Versammlung in Berlin





werden die Flüchtlinge aktiv gegen die diskriminierende Residenzpflicht verstoßen, die sie zwingt, sich in einem bestimmten Bereich aufzuhalten.

Diese gut koordinierte Aktion wird allein von Asylsuchenden selbst organisiert und ist unabhängig von jeglichen politischen Parteien oder Gruppen.

Wie oben erwähnt, wird der Marsch nach Berlin gleichzeitig auf zwei verschiedenen Routen stattfinden: Auf der einen werden Flüchtlinge von Würzburg nach Berlin marschieren. Die andere führt mit Transportmitteln über die Flüchtlingslager Westdeutschlands. Beide Gruppen werden gleichzeitig in Berlin ankommen und dort zusammentreffen. Diese Aktion wird zunächst von Asylbewerber*innen aus Bayern und Baden-Württemberg ausgehen, wird sich aber nicht auf diese beiden Bundesländer beschränken. Alle Asylbewerber*innen, die in Lagern oder Städten auf dem Weg nach Berlin leben, werden besucht und eingeladen, am Protest teilzunehmen.

Wir rufen alle Flüchtlinge auf, die wie wir diese unmenschlichen Lebensbedingungen nicht mehr ertragen und auf verschiedenste Art dagegen gekämpft haben, sich uns anzuschließen. So können wir mit vereinten Kräften die jahrzehntelangen Kämpfe um menschenwürdige Asylrechte zu ihrem langersehnten Ziel zu führen.

In Berlin werden wir solidarisch Hand in Hand nochmals unsere berechtigten Forderungen vortragen:

- Abschaffung aller Flüchtlingslager in Deutschland
- Abschaffung der Abschiebegesetze. Abschiebung ist unmenschlich und dient nur den politischen und ökonomischen Interessen der Mächtigen.
- Abschaffung der Residenzpflicht

An alle Asylbewerber*innen, Flüchtlinge und Migrant*innen in Deutschland:

Wir alle haben unsere Länder aus verschiedensten Gründen verlassen und kamen in dieses Land in der Hoffnung auf ein besseres und sicheres Leben. Die meisten von uns haben Tausende von Kilometern zurückgelegt, haben dabei alle möglichen Qualen, Gefahren und viel Leid ertragen. Wir haben das alles in Kauf genommen in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Nun ist es vielleicht an der Zeit, dieselben Schuhe anzuziehen, die wir auch auf unserer Flucht getragen haben. Nun ist es vielleicht an der Zeit, noch ein paar mehr Kilometer zu laufen, diesmal aber nicht alleine, sondern alle gemeinsam für eine bessere Welt.

An die Asylbewerber*innen der südlichen Bundesländer:

Am 8. September werden wir uns alle in Würzburg treffen und wir freuen uns über jeden Einzelnen, der uns begleitet.

An die Asylbewerber*innen der anderen Bundesländer, die unser Anliegen teilen:

Wir werden unser Bestes geben, zu euren Lagern zu kommen um mit euch gemeinsam nach Berlin zu reisen.

*Das Organisationskomitee der streikenden
Asylbewerber*innen in Deutschland*

Für weitere Informationen:

Süd- und Ostdeutschland
Ashkan.Khorasani@gmail.com
Tel. 0176-79837911

Nord- und Westdeutschland
cheislive@gmail.com
Tel. 0176 - 69381085



Aufruf zur Solidarität mit den inhaftierten Genossen in Belarus/Weißrussland

★ *Internationale der Anarchistischen Föderationen (IFA)*

*Anmerkung der Redaktion: Wir dokumentieren hier einen Solidaritätsaufruf, der von der IFA gemeinsam mit den anwesenden Genoss*innen aus Belarus verfasst wurde. Auch in Deutschland werden Aktionen stattfinden, achtet auf Ankündigungen!*

Es ist einige Zeit seit dem letzten Aufruf zur Solidarität mit den belarussischen Anarchist*innen vergangen. Heute müssen wir uns eingestehen, dass eine neue Welle der Solidarität dringend nötig ist, um den Betroffenen aus dem Gefängnis zu helfen. Deshalb rufen wir dazu auf, sich an den Aktionstagen für die belarussischen politischen Gefangenen am 22. und 23. September (am 23. finden Parlamentswahlen statt) zu beteiligen.

Die Aktivisten Ihar Alinevich, Mikalai Dziadok, Artsiom Prakapenka, Pavel Syramolatau, Aliaksandr Frantskievich und Jauhen Vas'kovich, die im Herbst 2010 und Winter 2011 festgenommen und im Mai 2011 für eine Reihe von Angriffen auf Symbole von Staat und Kapital zu Haftstrafen von 3 bis 8 Jahren Haft verurteilt wurden, sitzen jetzt bereits 2 Jahre im Gefängnis. Während dieser Zeit gaben ihre Genoss*innen und Verwandten ihr Bestes, um ihnen zu helfen, damit sie sich im Gefängnis einigermaßen wohl fühlen und um sie freizubekommen. Im Oktober 2011 wurden sie von Menschenrechtsorganisationen als politische Gefangene anerkannt. Diese Tatsache verbesserte ihre Chancen, so bald wie möglich freizukommen. Denn im Moment steht der Präsident von Belarus, Alexander Lukaschenko, unter dem Druck der Europäischen Union, alle politischen Gefangenen freizulassen und zu entkriminalisieren.

Seit August 2011 hat er bereits mehr als 30 von ihnen begnadigt, aber keinem unserer Genossen wurde die Freiheit gewährt. Lukaschenko ließ öffentlich verlautbaren, dass er nur diejenigen freilassen wird, die den

Gnadengesuch unterschreiben und damit ihre Schuld eingestehen und ihn persönlich um Gnade bitten. Der Rest wird im Gefängnis bleiben, erklärte er. In der Tat wurden alle inhaftierten Anarchisten oft aufgefordert, dass sie ein solches Papier unterschreiben sollen. Fünf von ihnen weigerten sich das zu tun. Artsiom Prakapenka unterschrieb unter Druck, sitzt aber immer noch im Gefängnis. Aktuell sind noch 15 weitere politische Gefangene in Belarus inhaftiert. Unter ihnen sind 5 unserer Genossen und ein weiterer, der für eine Solidaritätsaktion inhaftiert wurde. Alle Gefangenen erleben verschiedene Arten von Unterdrückung durch die Verwaltung der Gefängnisse, in denen sie gefangen gehalten werden. Da Lukaschenko als Gewinner aus dieser Situation hervorgehen will, soll es nicht so aussehen, als hätte die EU ihn mit Angst vor weiteren politischen und wirtschaftlichen Sanktionen gezwungen, sie zu befreien, sondern dass es sein guter Wille ist, sie zu begnadigen. Und das auch nur, wenn sie ihn bitten. Wir lehnen es ab, dass unsere Genossen nun als Verhandlungsmasse für Leistungen der EU dienen sollen und verurteilen die Unterdrückung, die sie in den Gefängnissen erleben. Wir rufen alle dazu auf, gegen diese Folter zu protestieren und fordern die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen in Belarus, einschließlich der Anarchist*innen.

Wir begrüßen Solidaritätsaktionen jeglicher Art, die von jetzt bis zu den Aktionstagen durchgeführt werden, wir bitten euch mindestens einmal im Monat Solidaritätsaktionen zu machen, wenn möglich auch nach den Aktionstagen. Wir brauchen in dieser Situation einen ständigen Druck auf das Regime und die EU-Politiker*innen.

Die Internationale der Anarchistischen Föderationen im August 2012

Mehr Infos:

- www.abc-berlin.net
- www.fda-ifa.org
- www.abc-belarus.org (Englisch)



TERMINE

Düsseldorf

Beratungstag der FAU Düsseldorf

03. September / 10 bis 18 Uhr / Kulturcafé Solaris, Kopernikusstr. 53, Düsseldorf

Geboten werden Informationen zum kollektiven und individuellen Arbeitsrecht ebenso wie zu den Sozialgesetzbüchern. Ziel ist es dazu beizutragen das Arbeiter*innen (egal ob mit oder ohne Job) am Arbeitsplatz und auf dem Amt selbstbewusst auftreten können. Dabei unterstützen wir alle Ansätze zur Selbstorganisation.

Mehr Infos: solaris53.de

Berlin

Filmvorführung und Diskussion: Sinapsis - Libertäres Filmkollektiv aus Chile.

06. September / 19:30 Uhr / New Yorck im Bethanien, Mariannenplatz 2a, Berlin

Drei Genoss_innen reisen durch Deutschland und präsentieren Filme über soziale Kämpfe in Chile. Ein Kurzfilmabend mit anschließendem Gespräch in Kooperation mit der Anarchistischen Föderation Berlin (afb).

Bei den Vorstellungen werden die Autor_innen auch selbst dabei sein und sind für Gespräche und Fragen offen. Sinapsis entstand im Frühsommer 2007 in Santiago de Chile als eine anarchistische Organisation und hat sich in Chile als ein alternatives selbstverwaltetes Medium etabliert, das in verschiedenen Orten Filmvorführungen macht.

Mehr Infos: afb.blogspot.de

Ingelheim

Demo: Weg mit dem Abschiebeknast in Ingelheim und anderswo

8. September / 16 Uhr / Hauptbahnhof, Ingelheim

Demo und Kundgebung mit Konzert vor den Mauern des Abschiebeknastes mit Redebeiträgen und Bands (Guts Pie Earshot und Oskar Ohlson)

Mehr Infos:

wegmitdemknast.blogspot.de

Altmark bei Magdeburg

Aktionscamp: "War starts here!" Gefechtsübungszentrum stoppen

12. bis 17. September / Aktionstag 15. September / bei Burg

Aus dem Aufruf:

"Wir werden – in Anerkennung all unserer Unterschiede – ein gemeinsames Camp gegen das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) Altmark aufbauen. Wir wollen Erfahrungen, Inhalte und Konzepte austauschen, in Diskussionen und Aktionen von der Bandbreite unserer Kämpfe profitieren.

Machen wir der militarisierten Zurichtung der Welt ein Ende! Vor Ort werden wir alle Aktionsformen willkommen heißen, die den Militärbetrieb markieren, blockieren, sabotieren. Manöver finden hier fast täglich statt, das Gelände ist nur teilweise eingezäunt und riesengroß. So bieten sich vielfältige Aktionsfelder: zum Beispiel Schienen, Straßen, Zäune, Gebäude, Wege, Lagerhallen, Überwachungsinfrastruktur, Fahrzeuge, Flugmaschinen, Kommunikationsnetze, Zulieferer, Rüstungsbetriebe..."

Mehr Infos: warstartsherecamp.org

Würzburg

Vortrag: "Gustav Landauer, der Revolutionär des Geistes"

26. September im Theater Ensemble, Frankfurterstr. 87, (auf dem Bürgerbräu-Gelände).

Nähere Infos demnächst auf: bildungdiskutieren.blogspot.de

Singen

Festival de la libertad

15. September / Teestube, Singen (am Bodensee)

Am 15. September findet in Singen in der Teestube das "festival de la libertad" (spanisch für "Das Fest der Freiheit") statt. Ein ganzer Tag voller Workshops, Vorträgen und Diskussionen zum Thema Anarchismus. Eingeladen sind natürlich nicht nur Anarchist*innen, sondern alle Men-

schen die Interesse an freiheitlichem Gedankengut haben und mal genauer schauen wollen, was diese "Chaoten" und "Linksextremisten", eigentlich so für Ideen haben.

Zusätzlich gibt es noch einen Umsonstflohmarkt, einen Film, einen Bücherstisch, Möglichkeit zum Skaten und leckeres veganes Essen und Trinken.

Für alle Feierwütigen wird zu später Stunde dann elektronische Musik aufgelegt.

Wir freuen uns auf euch!

Mehr Infos:

emanzipatorischegruppe.blogspot.de

München

Demo: No ♥ for a deutschland

3. Oktober / 14.30 Uhr / Karlsplatz

Aus dem Aufruf:

"Wenn sich das gute Deutschland am 2. und 3. Oktober diesen Jahres feiern lässt, werden wir für die Dissonanzen im Loblied auf den globalen Friedensstifter sorgen. Denn Deutschland, genau wie jede Parteilichkeit mit dem eigenen nationalen Kollektiv und bereits das Konzept der Nation an sich, sind und bleiben scheiße und widersprechen absolut unserer Vorstellung eines schönen Lebens.

Jede Feier in Schwarz, Rot und Gold ist ein Angriff auf den guten Geschmack. Wir laden alle denen das dummeutsche Selbstgefeiere auf den Geist geht zur lustvollen Nestbeschmutzung am 3. Oktober in München ein."

Mehr Infos: 3oktober12.blogspot.de

Eine Übersicht über verschiedene regionale und überregionale Terminkalender findet ihr bei Indymedia Deutschland bzw. direkt unter: bit.ly/SdGkHH



KRITISCHE PSYCHOLOGIE

ferienuni★

SUBJEKTIVITÄT IN DER KRISE?
11.-15.09.2012 * FU BERLIN
kostenlose Anmeldung * www.2012.ferienuni.de

FdA hautnah

Regelmäßige Termine der Mitglieder im Forum deutschsprachiger Anarchist*innen.



BERLIN

Anarchistischer Stammtisch der Anarchistischen Föderation Berlin (AFB)

Jeden 2. Donnerstag ab 19 Uhr in der Tempest Library,
Reichenberger Str. 63a, Kreuzberg
4. Dienstag des Monats ab 19 Uhr im Café Morgenrot,
Kastanienallee 85, Prenzlauer Berg

Tresenabend „Auch in Kreuzberg erreichbar - die Anarchisti-
schen Gruppe Neukölln (AGN)“

Jeden 2. und 4. Freitag im Monat in der Erreichbar,
Reichenbergerstr. 63a, 2. HH

DRESDEN

Offener FAU-Stammtisch des Allgemeinen Syndikats Dres-
den (Libertäres Netzwerk)

Jeden 2. Mittwoch und 4. Freitag in der Kneipe „Trotzdem“,
Alaunstr. 81, Dresden-Neustadt

LUDWIGSBURG

Anka L - das monatliche Antifa-Café des Libertären
Bündnis Ludwigsburg (LB)²

Jeden 4. Mittwoch im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

MANNHEIM

Volxküche der Anarchistischen Gruppe Mannheim (AGM)

Jeden 1. Sonntag ab 19:00 Uhr im ASV, Beilstraße 12 (Hinterhaus),
68159 Mannheim

Radio Libertad - libertäre Nachrichtensendung der AGM auf
Radio Bermudafunk (89,6 in Mannheim 105,4 in Heidelberg)

Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat von 13:00 - 14:00 Uhr

SAARBRÜCKEN

Anarchistischer Stammtisch von antinationale.org

Jeden 1. Dienstag im Monat ab 18:00 Uhr im Philocafé, Gebäude
C5.2, Universität des Saarlandes

Feierabend - die libertäre Solikneipe

Jeden 2. Freitag im Monat ab 20:00 Uhr im JUZ, Pfarrgasse 49 in
St. Ingbert



Forum deutschsprachiger Anarchist*innen [FdA-IFA]

1

Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

2

Das FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

3

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern. Das FdA hat das Ziel, den Aufbau einer deutschsprachigen anarchistischen Föderation voranzutreiben.

KONTAKTE

FdA-IFA <http://www.fda-ifa.org>
IFA <http://www.i-f-a.org>

Anarchistische Föderation Berlin
Kontakt: afb@riseup.net
<http://www.afb.blogspot.de>

Anarchistische Gruppe Mannheim
Kontakt: info@anarchie-mannheim.de
<http://www.anarchie-mannheim.de.vu>

antinationale.org Saarbrücken
Kontakt: antinationale@riseup.net
<http://www.antinationale.org>

Libertäre Initiative Schleswig-Holstein
Kontakt: sortesindet@marsmail.de

Libertäres Netzwerk Dresden
Kontakt: linetdd@riseup.net
<http://www.libertaeres-netzwerk.info>

Libertäres Bündnis Ludwigsburg
Kontakt: lb-hoch2@riseup.net
<http://lblb.pytalhost.de>

Karakök Autonome Türkei/Schweiz
Kontakt: laydaran@immerda.ch
karakok.wordpress.com/karakok-autonome